

Material

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Ein Jahr nach dem Tsunami Dialogveranstaltung 07.12.2005 Dokumentation

Inhalt

1. Vorwort.....	4
2. Programm der Veranstaltung.....	6
3.1: Begrüßung durch Christina Rau.....	8
3.2: Begrüßung durch Dr. Gudrun Kochendörfer-Lucius.....	10
4.: Bilanz – aktueller Stand der Partnerschaftsinitiative, Dr. Georg Witschel.....	12
5.: Perspektiven.....	18
5.1: Thomas Gebauer „Perspektivwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit“.....	18
5.2: Frieder Wolf „Rolle der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit“.....	27
6.: Grußwort von Staatssekretär Erich Stather.....	34
7.: Ergebnisse der Arbeit in den Foren.....	36
7.1: Forum 1: „Gelungene Vorgehensweisen“.....	36
7.2: Forum 2: „Schulpartnerschaften“.....	39
7.3: Forum 3: „Die Rolle der Wirtschaft“.....	42
7.4: Forum 4: „Wiederaufbauprojekt in Sri Lanka“.....	45
8.: Gesprächsrunde mit Ergebnissen aus den Foren.....	47
9.: Danksagung, Verabschiedung der Teilnehmer.....	51
Anlagen: Teilnehmerliste.....	53
Sachstand der Servicestelle- Partnerschaftsinitiative.....	59
Übersicht Vermittlungen der Servicestelle.....	62
Publikationsliste.....	64
Über uns.....	69

1. Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

ein Ereignis, das uns maßgeblich beeinflusst hat, war die Flutwelle, die am 26.12.2004 vor der indonesischen Küste ausgelöst wurde, mehreren hunderttausend Menschen das Leben kostete und einen wirtschaftlichen Schaden in Milliardenhöhe verursachte.

Noch bevor uns das wahre Ausmaß der Katastrophe bewusst war, stand die Servicestelle bei InWEnt vor der großen Herausforderung, ad hoc ein geeignetes Konzept, entsprechende Strukturen und die Arbeitskräfte bereitzustellen, um die Partnerschaftsanfragen in Deutschland abzufangen, zu koordinieren und in sichere und nachhaltige Bahnen des Wiederaufbaus und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zu lenken. In einer bislang kaum bekannten Intensität kooperieren wir seit Januar 2005 als Servicestelle Partnerschaftsinitiative (SPI) mit den verschiedenen beteiligten Akteuren auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene.

Ein Großteil davon – ohne den die Arbeit der Servicestelle keine Schubkraft gehabt hätte – fußt auf Ihrem Engagement und der Vielzahl daraus entstandener Hilfsinitiativen und Aktionsbündnisse, die sich zwischen Kommunen, Landkreisen, Unternehmen, Schulen, Kirchen und Vereinen gebildet haben. Nur dadurch waren wir und andere beteiligte Organisationen in der Lage, mehr als 300 Wiederaufbauprojekte in den vom Tsunami betroffenen Gebieten zu vermitteln und gut 690 Angebote zu bündeln.

Aufbauend auf viele verschiedene Konferenzen und Seminare, die im Lauf des Jahres im Rahmen der Arbeit der Servicestelle stattgefunden haben, konnten wir gemeinsam mit Ihnen am 7. Dezember 2005 eine Jahresbilanzkonferenz in Berlin abhalten. Über 100 SpenderInnen und PartnerInnen aber u.a. auch Christina Rau, die Sonderbeauftragte der Bundesregierung auf der politischen Leitungsebene der Partnerschaftsinitiative, sowie Staatssekretär Erich Stather (BMZ) waren auf der Konferenz vertreten.

Über Inhalte, Verlauf und Ergebnisse dieser Jahreskonferenz möchten wir Sie hiermit informieren. Auch wenn mittlerweile alle bei der Servicestelle erfassten Spender vermittelt sind, beginnt nun die eigentliche Partnerschaftsarbeit: Aus den oben genannten Projektfinanzierungen

gilt es nun längerfristige Partnerschaften zu entwickeln. Dies wird sicherlich nur mit einem geringen Teil gelingen, doch die Tatsache, dass ein Jahr nach der Katastrophe über 100 Aktive aus dem gesamten Bundesgebiet den Weg nach Berlin gefunden haben, stimmt uns hoffnungsvoll.

Auch für dieses Engagement möchte ich Ihnen im Namen der gesamten Servicestelle herzlich danken. Für den zukünftigen Verlauf Ihrer Projekte und Vorhaben wünschen wir Ihnen auch weiterhin viel Erfolg. Das Team der Servicestelle steht Ihnen selbstverständlich auch im laufenden Jahr dank der Unterstützung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) weiterhin beratend zur Seite.

Ulrich Nitschke

Abteilungsleiter

Entwicklungsbezogene Bildung / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

2. Programm

9:30 Registrierung/ Begrüßungskaffee

10:00 Begrüßung, Einführung

Christina Rau, Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die Partnerschaftsinitiative Fluthilfe

Dr. Gudrun Kochendörfer-Lucius, Geschäftsführerin InWEnt gGmbH

10:15 Bilanz

Aktueller Stand der Servicestelle – Partnerschaftsinitiative

Dr. Georg Witschel, Leiter des Interministeriellen Arbeitstabes Partnerschaftsinitiative, Auswärtiges Amt

10:45 Perspektiven

Perspektivwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit

Thomas Gebauer, Geschäftsführer medico international

Die Rolle der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit

Frieder Wolf, Leiter des Büros für Internationale Angelegenheiten der Stadt Köln

12:00 Mittagsessen

13:00 Grußwort

Erich Stather, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

13:15 Einführung in die vier parallel laufenden Foren

Ziel: Erarbeitung von Umsetzungsstrategien, Handlungsansätzen (konkrete Fragestellungen werden diskutiert)

Forum 1: gelungene Vorgehensweisen

Zielgruppe: Akteure, die an Projektpartnerschaften beteiligt sind

Moderation:

Michael Gräf, Servicestelle Partnerschaftsinitiative, InWEnt gGmbH

Dokumentation:

Nina Ouan, Servicestelle Partnerschaftsinitiative, InWEnt gGmbH

Forum 2: Schulpartnerschaften

Zielgruppe: Bildungsakteure, interessierte VertreterInnen von Schulen

Moderation:
Dr. Christiane Averbeck, BLK-Programm Transfer-21

Dokumentation:
Dr. Gisela Führung, ASET e.V.

Forum 3: Die Rolle der Wirtschaft

Zielgruppe: Wirtschaftsunternehmen

Moderation:
Sebastian Kelbling, InWEnt gGmbH

Dokumentation:
Katrin Stricker, Servicestelle Partnerschaftsinitiative,
InWEnt gGmbH

Forum 4: Wiederaufbauprojekt in Sri Lanka

Zielgruppe: Spender und Projektträger

Moderation:
Ramin Soufiani, Servicestelle Partnerschaftsinitiative,
InWEnt gGmbH

Dokumentation:
Yasmin Wirths, Servicestelle Partnerschaftsinitiative,
InWEnt gGmbH

15:00 Kaffeepause

15:20 Plenum

Präsentation der Ergebnisse aus den Foren
Gesprächsrunde mit den Moderator/Innen
Ergebnisformulierung und Ausklang
Dr. Frank Claus, iku GmbH

Danksagung und Verabschiedung

Ulrich Nitschke, Leiter Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/
Servicestelle Partnerschaftsinitiative

16:30 Ende der Veranstaltung

Bei den folgenden Reden gilt das gesprochene Wort.

3. Begrüßung



*Engagement
überdauert
Ereignis*

3.1. Christina Rau, Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die Partnerschaftsinitiative Fluthilfe

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie heute zu unserer Veranstaltung „Ein Jahr nach dem Tsunami“ begrüßen zu dürfen. Und ich denke, mit Ihrer Teilnahme haben Sie schon einen Teil der Frage beantwortet, mit der diese Veranstaltung überschrieben ist: „Wie kommen wir zu zukunftsfähigen Partnerschaften?“

Der Tsunami liegt bereits ein Jahr zurück. Viele andere negativ oder positiv beeindruckende Bilder haben sich über die Laienaufnahmen von der Flutwelle gelegt, die uns letztes Jahr zu Weihnachten so sehr erschüttert haben. Und doch zeigen Sie alle heute mit Ihrer Teilnahme an unseren Arbeitsgruppen, dass Sie und die Institutionen, die Sie vertreten, sich nach wie vor für die Opfer des Tsunami interessieren. Ihr Engagement hat die tagesaktuellen Eindrücke überdauert, und dies ist bereits die erste und vielleicht wichtigste Voraussetzung für zukunftsfähige Partnerschaften.

Ich bin in den letzten Monaten viel gereist. Und zwar in Deutschland, zu den Städten, die sich als Partner im Wiederaufbau engagieren. Ich war in München, Mainz, Bielefeld, Worms, Esslingen, Oldenburg, Würzburg, um nur einige Beispiele zu nennen. Ich habe dort diejenigen Bürgerinnen und Bürger getroffen, die seit nunmehr fast einem Jahr Partnerschaften aufzubauen beginnen. Andere haben mich in Berlin besucht und mir von ihrer Arbeit berichtet. Und ich war sehr beeindruckt davon, wie langfristig viele Initiativen ihr Engagement angelegt haben. Da wurde etwa im September bereits eine Aktion für den kommenden Februar geplant, oder die Kommune beziehungsweise der Verein verpflichtete sich, auf zehn Jahre die laufenden Kosten für ein Wiederaufbauprojekt zu übernehmen.

*290
Projektpartner-
schaften laufen*

Ein Jahr nach dem Tsunami sind über 290 Projektpartnerschaften angelaufen. Ich spreche ausdrücklich zunächst von Projekten oder Projektpartnerschaften für den Wiederaufbau. Trotz der langfristigen Pläne der deutsche Partner kann man nur in ganz wenigen Fällen schon jetzt von Partnerschaften im Sinne langfristiger Schul- oder Städtepartnerschaften sprechen, wie es sie etwa mit französischen, kanadischen oder englischen Kommunen und Schulen gibt. Meine

Einschätzung ist, dass sich in den meisten Fällen im Laufe der Wiederaufbauprojekte zeigen wird, ob langfristige Partnerschaften gewünscht sind und entstehen können.

Nach meinem Eindruck sind hierfür Grundvoraussetzungen:

- Erstens Engagement auf beiden Seiten.
- Zweitens Verständigung darüber, in welchen Bereichen ein Austausch gewünscht und möglich ist. Beispiele wären: Beratung zu kommunalen Verwaltungsabläufen, Müllentsorgung, Aufbau einer Feuerwehr, Patenschaften, kultureller Austausch, Begegnungstage etc.
- Die dritte wichtige Voraussetzung für eine Partnerschaft mit einer Kommune oder Schule in einem Entwicklungsland: Es bedarf mindestens einer vor Ort sehr erfahrenen und entwicklungspolitisch versierten Hilfsorganisation, die die Partner berät.

Grundvoraussetzungen langfristiger Partnerschaften

Neben Nichtregierungsorganisationen können dies auch die Kirchen leisten. Nur durch eine solche Beratung wird man unrealistischen Vorstellungen und Fehlern vorbeugen können. Diese Organisationen kennen in problematischen Lagen auch adäquate Lösungswege.

Daneben können die Strukturen der Partnerschaftsinitiative, also die Servicestelle bei InWEnt und die Partnerschaftsbüros an den deutschen Botschaften, den deutschen Partnern beratend zur Seite stehen.

Ich will diese drei Grundvoraussetzungen für nachhaltige Partnerschaften hier nicht weiter vertiefen. Dafür gibt es im Anschluss in den Arbeitsgruppen genügend Gelegenheit.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Entwicklungspartnerschaften dieser Art kosten Mühe und erfordern einen langen Atem. Das muss den Beteiligten klar sein. Doch bergen sie für die Beteiligten und für die Entwicklungszusammenarbeit im Ganzen große Chancen:

- Sie fördern das Verständnis für die Eine Welt, in der wir leben,
- sie erweitern im wahrsten Sinne des Wortes den Horizont der Menschen,
- Entwicklungspartnerschaften geben im Kleinen der Globalisierung das menschliche Antlitz der Solidarität.

Chancen der Entwicklungspartnerschaften

Darum geht es uns. In diesem Sinne wünsche ich mir einen fruchtbaren und ergebnisorientierten Gedankenaustausch.



*Einführung in die
Thematik der
Veranstaltung*

*Forderung nach
nachhaltiger
Unterstützung*

*Die Servicestelle
Partnerschafts-
initiative*

3.2. Dr. Gudrun Kochendörfer-Lucius, Geschäftsführerin InWEnt gGmbH

Sehr geehrte Frau Rau, sehr geehrte Damen und Herren

Haben Sie vielen Dank verehrte Frau Rau, für Ihre einleitenden Worte.

Vor fast genau einem Jahr, am 26. Dezember 2004 brachte der Tsunami für unzählige Menschen Tod und Verletzungen, er bedeutete den Verlust von Familienmitgliedern und Freunden, die Zerstörung von ganzen Dörfern und Lebensgrundlagen.

Unverzüglich setzte daraufhin weltweit eine Bewegung der Solidarität ein, um zur Nothilfe beizutragen, denn die Herausforderungen waren enorm. Die Spendenbereitschaft in Deutschland sowie in vielen anderen Ländern der Welt war beispiellos. Millionen privater Spender haben 600 Millionen Euro zusammengebracht. Die Bundesregierung hat aus öffentlichen Mitteln 500 Millionen Euro bereitgestellt.

Mit den umfangreichen Hilfsgeldern war auch große Verantwortung verbunden.

Die Menschen knüpften an ihre Spenden mit Recht Erwartungen.

Nach der ersten lebensnotwendigen Soforthilfe von außen müssen die Menschen in den Katastrophengebieten die Aufbauarbeit selbst in die Hand nehmen, sie dürfen nicht bloße Empfänger bleiben und nicht in eine Abhängigkeit von fremder Hilfe geraten. Das Prinzip "Hilfe zur Selbsthilfe" gilt auch in diesem Fall.

Eine nachhaltige Unterstützung ist deshalb dringend erforderlich. Auch aus diesem Grund hat der damalige Bundeskanzler Schröder die Partnerschaftsinitiative ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist eine direkte und langfristige Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Unternehmen, Schulen, Gemeinden und Bundesländern einerseits sowie den vom Seebeben in Südasien betroffenen Staaten und Regionen, deren Provinzen, Städten und Dörfern andererseits. Sie unterstützt damit die Anstrengungen der Bundesregierung für Wiederaufbau und Entwicklung in der betroffenen Region. Damit sind kommunale Entwicklungszusammenarbeit und lokale Handlungsansätze zu einem zentralen Aspekt in der Hilfe für die betroffenen Menschen geworden.

Ein wichtiger Schritt zur Koordination der gemeinsamen Zusammenarbeit in den zerstörten Gebieten war die Gründung der „Servicestelle Partnerschaftsinitiative“ (SPI).

Im Auftrag und mit Finanzierung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) richtete InWEnt unter der Leitung von Ulrich Nitschke diese Servicestelle noch im Ja-

nuar 2005 ein, um die große Hilfsbereitschaft in Deutschland schnell und professionell zu koordinieren. Alle relevanten Bereiche und Abteilungen von InWEnt wurden in einer Task Force zusammengeführt und trugen ihr Know-How zur Entstehung der neuen Servicestelle bei.

Diese Abteilung bringt nun seit über einem Jahr deutsche Kommunen, Unternehmen wie auch engagierte Schulen und Bürger zusammen und unterstützt sie bei ihren Projekten in den Tsunami-Gebieten. Die „Servicestelle Partnerschaftsinitiative“ stärkt die Gemeinschaft der Hilfe, indem sie unterschiedlichsten Partnern ein Forum für die Netzwerkbildung und den Austausch von Erfahrungen bietet. So sind im letzten Jahr zahlreiche Partnerschaften zwischen den Akteuren entstanden, die durch konkrete Projekte zum Wiederaufbau in Thailand, Sri Lanka und der besonders stark betroffenen indonesischen Region Aceh beigetragen haben. Vielen Menschen, die in ihren zerstörten Dörfern und Städten vor einigen Monaten noch keinen Ausweg aus der Krise sahen, bietet sich durch die engagierten Partnerschaften heute eine neue Lebensperspektive.

*Arbeit der
Partnerschafts-
initiative*

Mittlerweile besteht unser Team in der Servicestelle aus fünf festen Mitarbeitern, die sich sowohl für die Projektvermittlung als auch die Unterstützung angelaufener Programme stark machen. Sie arbeiten in enger Kooperation mit den neugegründeten Koordinierungsstellen der Bundesländer und den Behörden vor Ort.

*Team der
Partnerschafts-
initiative*

Das Ziel unserer Servicestelle ist es, sich bei jedem Projekt an den Bedürfnissen der betroffenen Menschen zu orientieren. So wird der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ in der Realität umgesetzt und eine entwicklungspolitisch sinnvolle Zusammenarbeit gefördert.

*Ziel der
Partnerschafts-
initiative*

Künftig steht als weiterer Schwerpunkt der SPI die Qualifizierung und Beratung für kommunale Akteure im Mittelpunkt. Durch dieses „Capacity Building“ sichern wir einen nachhaltigen und selbstständigen Wiederaufbau. Aus diesem Grund unterstreicht die Servicestelle und allen voran die Sonderbeauftragte Christina Rau das Motto „Qualität geht vor Schnelligkeit“. Denn nur so können wir den Menschen zu einem Weg in eine langfristig sichere Zukunft helfen.

Capacity Building

Bereits seit einigen Jahren hat die Tätigkeit der InWEnt-Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) die Akteure im Feld der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit beraten und unterstützt. Darüber hinaus leistet InWEnt in weiteren Programmen einen umfangreichen Beitrag in den Regionen.

*Weitere InWEnt
Programme*

In Asien konzentrieren sich die InWEnt Programme in erster Linie auf den Aufbau der Marktwirtschaft. Die Handlungsfelder berufliche Bildung, Technologiekooperation und Finanzsysteme stehen dabei im Mittelpunkt. Sie werden vom Ministerium für Entwicklung finanziert. Weitere wichtige Themen sind Umwelt (Abfallwirtschaft etc.), Energie, Gesundheit, HIV/AIDS sowie "Gute Regierungsführung". Die

Fortsetzung der Arbeit

wichtigsten Partnerländer sind China, Vietnam, die Mekongregion, die Philippinen und Indonesien.

Auch im neuen Jahr 2006 wird die „Servicestelle Partnerschaftsinitiative“ von InWEnt ihre Arbeit fortsetzen. Die volle Finanzierung der Mitarbeiter ist durch das BMZ gesichert. Diese positive Nachricht ermöglicht uns, weiterhin den betroffenen Menschen und den engagierten Helfern zur Seite zu stehen.

Ich freue mich, dass uns im folgenden Programm nun über den aktuellen Stand der Vermittlungen und über die Zukunft der SPI berichtet wird.

4.: Bilanz – Aktueller Stand der Partnerschaftsinitiative



Dr. Georg Witschel, Leiter Interministerieller Arbeitsstab Partnerschaftsinitiative, Auswärtiges Amt

In den nächsten zehn Minuten möchte ich Sie über den aktuellen Stand der Partnerschaftsinitiative informieren und versuchen, eine erste Bilanz zu ziehen. Sachstand und Bilanz sind natürlich vorläufiger Natur, zumal seit dem Tsunami weniger als ein Jahr vergangen ist.

Einige Zahlen und Daten

Weniger als 5% der Angebote nicht vermittelt

Die Partnerschaftsinitiative (PI) hat in den letzten elf Monaten Beachtliches erreicht. Von ursprünglich 1369 Angeboten für Partnerschaften und Hilfe befinden sich nur 57 noch nicht in Vermittlung, das sind weniger als fünf Prozent. Umgekehrt wurden durch die Partnerschaftsinitiative selbst 120 Projekte in die vier schwerstbetroffenen Zielregionen in Indonesien, Indien, Sri Lanka und Thailand vermittelt. 175 Projekte durch andere wurden in der einen oder anderen Weise z.B. durch Beratung unterstützt. Die PI dürfte weit über eine halbe Million Menschen erreicht haben, in einer Zeit, wo Hilfe besonders nötig war.

Finanzumfang: über 40 Mio. Euro

Der derzeitige Finanzumfang dürfte von jetzt etwa 30 Mio. EUR (nur PI „eigene“ Projekte) auf deutlich über 40 Mio. EUR anwachsen. Zahlreiche Hilfsprojekte haben sichtbar zur humanitären Soforthilfe und dem Wiederaufbau beigetragen und damit die Hilfe der Nichtregierungsorganisationen und der staatlichen Zusammenarbeit sinnvoll ergänzt. Die meisten Projekte werden im Jahresverlauf 2006 abgeschlossen werden können.

Schwerpunkte der durch die Partnerschaftsinitiative vermittelten Projekte liegen bei Kindern und Schulen, bei medizinischer Versorgung, allgemeiner Infrastruktur, Wasserversorgung, Gebäudeinstandsetzung und Berufsbildenden Maßnahmen.

Konzept und „Mehrwert“ der Partnerschaftsinitiative

Lassen Sie mich hier noch einmal kurz Konzept und „Mehrwert“ der Partnerschaftsinitiative in Erinnerung rufen: Die Partnerschaftsinitiative ist ein subsidiäres Instrument. Die Bundesregierung unterstützt Private und Kommunen, die in den Tsunamiländern Hilfe leisten und Partnerschaften aufbauen wollen. Die Partnerschaftsinitiative hilft damit, Hilfsangebote aus der deutschen Zivilgesellschaft möglichst genau auf die Bedürfnisse der Menschen in der Krisenregion auszurichten.

Aufgaben der PI

Die Partnerschaftsinitiative flankiert das Hilfsprogramm der Bundesregierung und soll dazu beitragen, die Beziehungen unseres Landes zu den Staaten der Regionen, deren Provinzen, Städten und Dörfern langfristig zu vertiefen und zu verbreitern. Die Solidarität unserer Zivilgesellschaft, die durch die Flutkatastrophe ausgelöst wurde, soll durch die Partnerschaftsinitiative in langfristiges Engagement und partnerschaftliche Zusammenarbeit überführt werden.

Solidarität in langfristiges Engagement überführen

Der besondere Mehrwert der Partnerschaftsinitiative lag und liegt dabei in der Verknüpfung verschiedener Institutionen und Ebenen: Im Inland steht für alle Anfragen von Privaten, von Vereinen und Kommunen InWent zur Verfügung. „Augen und Ohren“ im Ausland sind die an den Auslandsvertretungen Bangkok, Chennai und Colombo sowie Banda Aceh geschaffenen Partnerschaftsbüros. Koordinierung und Zusammenarbeit erfolgt über einen interministeriellen Arbeitsstab, der auch andere Ressorts sowie Vertreter der A- und B-Länder, der Wirtschaft und der Kommunen einbezog. Hier wurde erfolgreich Neuland betreten und für die deutsche Zivilgesellschaft eine bisher nicht da gewesene Unterstützungskapazität zur Verfügung gestellt.

PI verknüpft

Gute Zusammenarbeit mit NROs und staatlichen Durchführungsorganisationen

Sehr erfreulich ist, dass viele deutsche Nichtregierungsorganisationen ihre Erfahrung und ihr Potential auch in den Dienst der Partnerschaftsinitiative gestellt haben. So konnte z. B. Misereor dafür gewonnen werden, Überweisungen deutscher PI-Spender in die Zielregionen kostenlos durchzuführen und Spendenquittungen auszustellen. In Sri Lanka erklärten sich eine Reihe deutscher Nichtregierungsorganisationen bereit, Projekte für die Partnerschaftsinitiative kostenlos oder zu Vorzugskonditionen zu begutachten. Auch mit staatlichen Durchführern wie der GTZ und dem THW gestaltete sich die Zusammenarbeit außerhalb Indiens, wo staatliche EZ-Träger nicht tätig werden können, überaus fruchtbar. Ich denke hier nur an die Begutachtung von Bauplänen für srilankische Schulen durch die GTZ und die Rehabilitierung des Zentral- Krankenhauses Banda Aceh durch das THW.

Kurz: mit der Partnerschaftsinitiative wurde ein partnerschaftliches Netzwerk zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Handlungsträgern geschaffen, das allen Beteiligten an der Tsunamihilfe genutzt hat.

Die Sollseite: Probleme

Doch entwickelte sich die Partnerschaftsinitiative auch nicht ohne Probleme. Exemplarisch zu nennen sind hier:

- der Wunsch sehr schnell zu helfen, bevor der Bedarf überhaupt festgelegt war
- das Festhalten vieler Spender an regionalen oder thematischen Vorstellungen, die häufig mit dem Bedarf nicht in Einklang zu bringen waren (insbesondere Fixierung auf Kinder, Schulen, Waisenhäuser)
- der Wunsch, Spenden häufig in Sachmitteln, nicht z.B. in Trainingsmaßnahmen einzusetzen
- der Wunsch vieler Spender, nicht auf die (meist mit Kosten verbundene) Hilfe von professionellen Hilfsorganisationen zurückgreifen zu wollen und eine entsprechende Blauäugigkeit gegenüber weniger professionell arbeitenden Hilfsorganisationen und selbst ernannten Experten
- die starke Konzentration der Spenden und Hilfsaktionen auf humanitäre Hilfe unter Außerachtlassung längerfristiger Aspekte wie z. B. Umwelt und Unternehmensaktivitäten im Tourismusbereich.
- die häufig hohe Erwartungshaltung der betroffenen Regierung bzw. einheimischen Behörden
- zeitaufwändige Genehmigungsverfahren, zum Teil auch Entminung des Geländes bei steigenden Baupreisen
- Korruptionsanfälligkeit und überdimensionierte Wünsche von Entscheidungsträgern in Zielregionen
- Konzentration einer Vielzahl von Projekten auf relativ wenige Durchführer und politische Unsicherheiten durch langjährige Konflikte in Sri Lanka und Banda Aceh
- das weitgehende Fehlen geeigneter örtlicher Partner insbesondere in Banda Aceh

Zielregionen

Lassen Sie mich ergänzend noch einige Worte zu den einzelnen Zielregionen sagen:

Banda Aceh

Von Null angefangen

Hier musste fast von null begonnen werden. In Banda Aceh war weder eine deutsche Auslandsvertretung noch waren staatliche oder nichtstaatliche deutsche Hilfsorganisationen tätig. Umso wichtiger war

und ist es, gerade bei komplizierteren Projekten versierte, mit der Lage vor Ort vertraute Träger zu finden. Mit einem Spendenvolumen von rund 11 Mio. EUR konnten 50 Projekte gefördert werden, von denen mindestens 80 000 Personen in den Provinzen Aceh und auf Nias profitieren konnten. Schwerpunkte waren Erziehung/Bildung/Soziales, Wasserversorgung, Siedlungsbau, Einkommensschaffende Maßnahmen, Gesundheit, Unterstützung der kommunalen Verwaltung und Mikrofinanzen. Wesentliche Träger waren und sind das THW, die GTZ, aber auch das Goethe-Institut, die deutsche internationale Schule Jakarta und die deutsche Sparkassenstiftung.

*50 Projekte
gefördert*

Freilich gilt insbesondere in Banda Aceh, dass nicht jedes unter Entwicklungsgesichtspunkten sinnvolle Projekt auch auf Begründung von Partnerschaften ausgerichtet werden kann. Gerade in Banda Aceh macht sich bemerkbar, dass die Region über Jahre hinweg eine von der Außenwelt abgeschottete Krisenregion war, in der sich weder deutsche Touristen noch Investoren aufhielten. Dennoch gibt es hier erste Ansätze von Schulpartnerschaften (Gymnasium 3 Banda Aceh und Gesamtschule Hamburg-Oldenfelde) und könnte insbesondere die Universitätszusammenarbeit zwischen Göttingen und Syiah-Kuala Universität so etwas wie ein Leuchtturm werden. Hier unterstützen DAAD und Auswärtiges Amt kräftig. Der Bürgermeister von Banda Aceh hat im Übrigen die PI darum gebeten, eine Partnerschaft zu einer deutschen Stadt, möglichst einer deutschen Küstenstadt zu vermitteln.

*Schwierigkeiten
bei Ausrichtung
auf
Partnerschaften...*

... erste Ansätze

Thailand

Hier dominieren ganz klar die Kinder- und Schulprojekte, daneben drei größere Gemeindeprojekte, die Unterstützung von Krankenhäusern und Krankenstationen sowie (anfänglich) die Unterstützung von Fischern. Anders als in Banda Aceh gibt es erfahrene lokale Partner, mit denen auch deutsche und internationale Träger wie Malteser, ADRA, World Vision und Deutsche Welthungerhilfe zusammenarbeiten. Zu erwähnen ist auch die Arbeit der GTZ und ein mit Hilfe der KfW abgeschlossenes FZ-Abkommen mit einem Volumen von 24 Mio. EUR, über das unter anderem Kredite an kleinere Unternehmen in der Katastrophenregion vergeben werden sollen. Verschiedene politische Stiftungen arbeiten mit thailändischen Partnerorganisationen zusammen, um z. B. Rechtsberatung zu ermöglichen.

*Thailand: Kinder-
und Schulprojekte*

Der Wiederaufbau in Thailand ist weitgehend abgeschlossen, allerdings fehlt es häufig an planvollem Vorgehen, herrscht stattdessen Aktionismus vor. Auch hier waren bzw. sind – wie in Banda Aceh – Partnerschaften als gesellschaftliches Modell weitgehend unbekannt. Kommunen sind eher unselbstständig, Korruption auf kommunaler Ebene nicht unbekannt. Auch der Bau von Kinderheimen ist ein relativ neues Phänomen, da üblicherweise Großfamilien sich um Waisen

*Aktionismus und
Korruption*

kümmern. Doch werden Kontaktwünsche deutscher Spender grundsätzlich freundlich beantwortet und weisen auch eine gewisse Langfristigkeit auf, jedenfalls solange von deutscher Seite die Initiative erhalten bleibt.

Sri Lanka

*Sri Lanka:
Projektumfang von
rund 22,5 Mio Euro*

Hier liegen die Schwerpunkte bei Hausbau, Schulen, Krankenhäusern, Waisenhäusern, Bereitstellung von Gerätschaften und Booten sowie der Traumabewältigung. Mit einem Umfang von rund 22,5 Mio. EUR wurden etwa 378 000 Menschen erreicht. Viele Spender haben ihre Projekte selbst begonnen und wenden sich erst bei Bedarf an die Partnerschaftsinitiative.

*Erste
Partnerschaften –
Bereiche Schulen,
Krankenhäuser,
Städte*

Ein besonderes Potential für Partnerschaften wird bei Schulen, bei Krankenhäusern, Berufsschulen und Städtepartnerschaften gesehen. Hier gibt es bereits erste Beispielfälle, obwohl auch in Sri Lanka das Prinzip Partnerschaft außerhalb des Familien- und Wirtschaftsbereich weitgehend unbekannt ist. Sri Lanka ist vielleicht das einzige Land, in dem die Partnerschaftsinitiative auch politisch eine Rolle spielte. So wurde im jüngst beendeten Wahlkampf auch gegen Nichtregierungsorganisationen Presse gemacht, umgekehrt aber auch versucht, PI-Projekte für Stimmenfang zu nutzen.

Chennai, Indien

*Chennai –
Wiederaufbau von
Häusern und
Schulen*

Nach der Soforthilfe mit Lebensmitteln, Kleidung und Fischerbooten steht nun der Bau bzw. Wiederaufbau von Häusern und Schulen im Vordergrund. Mit einem Finanzumfang von ca. 5 Mio. EUR konnten 12 Projektvorschläge erfolgreich vermittelt oder teilvermittelt werden. Sie werden im Sommer/Herbst 2006 beendet werden können. Indien nimmt keine staatliche bilaterale Hilfe an, so dass GTZ und KfW nicht für die Durchführung zur Verfügung standen. Träger sind dementsprechend internationale (deutsche) oder indische Nichtregierungsorganisationen.

*Kommunale und
private Hilfe gut
akzeptiert*

Kommunale und private Hilfe wird in Südindien sehr positiv aufgenommen. Einige Partnerschaften gibt es auf Schul- und (schon vor dem Entstehen der Partnerschaftsinitiative) kommunaler Ebene. Ich denke hier nur an Bonn und Cuddalore. Inwieweit aber die Projektzusammenarbeit sich nachhaltig im Sinne von Paten- und Partnerschaften auswirkt, kann ebenfalls zurzeit noch nicht beurteilt werden.

Die Bilanz

Erfolgsversprechende Ansätze

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zum Schluss kommen. Auch wenn es für eine abschließende Bilanz noch zu früh ist: Die Partnerschaftsinitiative ist erfolgreich. Sie hat dazu beigetragen, Hilfe zur rechten Zeit an bedürftige Menschen zu bringen. Doch bleibt die Aufgabe bestehen, aus vielen Hilfsprojekten Partnerschaften und daraus auch einige Partnerschaften zu entwickeln. Ein paar Erfolg ver-

sprechende Ansätze gibt es in allen vier Zielregionen. Kommunale Partnerschaften, Schul- und Ausbildungspartnerschaften sowie Krankenhauspartnerschaften scheinen trotz massiver kultureller Unterschiede möglich zu sein.

Doch sollten wir realistisch bleiben: Nur in einem Bruchteil der Fälle, in denen die Partnerschaftsinitiative Hilfe leisten kann, wird es dauerhaft tragfähige Partnerschaften geben. Die Partnerschaftsinitiative hat aber durch die einzigartige Verknüpfung verschiedener Handlungsstränge und Handlungsebenen ein Beispiel für ein funktionierendes Netzwerk geschaffen.

Wir alle wollen hoffen, dass es zu unseren Lebzeiten nicht erneut zu einer Katastrophe wie der des 26. Dezember 2004 kommt. Im Katastrophenfall aber sollte man von den jetzt gemachten Erfahrungen Gebrauch machen.

*Schaffung eines
funktionierenden
Netzwerkes*

5.: Perspektiven

5.1.: „Perspektivenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit“

Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico international



Anzeichen globaler Verantwortung

Sie alle kennen das Motto, mit dem ein deutsches Medien-Kaufhaus seit einigen Jahren Werbung betreibt. Anfang des Jahres schien es jede Kraft verloren zu haben. Nicht „Geiz ist geil“ stand auf der Tagesordnung, sondern fast schon: „Wer spendet mehr!“

Die außergewöhnliche Spendenbereitschaft und die große Aufmerksamkeit, die das Seebeben in den Medien gefunden hat, hingen sicherlich damit zusammen, dass unter den Opfern auch Deutsche waren und lieb gewonnene Touristenparadiese zerstört wurden.

Dennoch steht für mich außer Frage, dass in dem vielfältigen Engagement für die Opfer des Tsunami auch Anzeichen einer wachsenden globalen Verantwortung auszumachen waren. Insbesondere unter jüngeren Menschen scheint das Bedürfnis nach sozialem Ausgleich wieder zu wachsen. Viele hundert Initiativen boten sich an, längerfristige Partnerschaften einzugehen. Auch wenn es dabei so manches Missverständnis gab und nicht alle Angebote ernst zu nehmen waren, wurde doch deutlich, dass der Trend zur gesellschaftlichen Entsolidarisierung, der mit dem Siegeszug des Neoliberalismus einhergegangen ist, zumindest nicht mehr unwidersprochen ist. Und das ist gut so! Unbedingt muss es nun darum gehen, die Bereitschaft zur Solidarität, die ja in aller Regel zunächst moralisch begründet ist, nun auch politisch zu stabilisieren. Was das heißen könnte, dazu will ich am Ende meiner Ausführungen einige Anmerkungen machen.

Kritischer Perspektiv-wechsel

Zuvor aber will ich auf den Perspektivenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit eingehen. Wenn dabei auch das eine oder andere kritische Wort fällt, dann nicht um das helfende Handeln als solches in Frage zu stellen, und schon gar nicht, um das Engagement von zum Glück noch immer hilfsbereiten Menschen verächtlich zu machen, sondern nur um darüber nachzudenken, wie die Qualität der Hilfe gesteigert werden kann.

Hilfe als Selbstzweck

Doppelcharakter von Hilfe

Seit vielen Jahren beschäftigt sich die kritische Sozialforschung auch mit den komplexen Zusammenhängen dessen, was wir Hilfe nennen. Einigkeit herrscht über den Doppelcharakter von Hilfe. Einerseits gebietet es der humanitäre Imperativ, dass Menschen, die sich in Not befinden, geholfen wird, andererseits zeigt eine Fülle von Studien, dass eben diese Hilfe zugleich auch zur Stabilisierung jener Verhält-

Hilfe stabilisiert Verhältnisse

nisse beiträgt, die die Not entstehen ließen. Ein klassisches Dilemma, könnte man meinen, und tatsächlich ist zu seiner Auflösung ein Kunststück nötig. Nur wer das bestehende System der Hilfe zugleich verteidigt und kritisch zu überwinden versucht, kann vermeiden, dass Hilfe für Zwecke missbraucht wird, die nichts mit der Idee einer nachhaltigen Überwindung von Not und Unmündigkeit zu tun haben.

Wenn heute in der Öffentlichkeit, den Medien, den Zeitungen, den Parlamenten, von Hilfe die Rede ist, geht es immer weniger um einen emphatischen Begriff von Hilfe, sondern um das bloße Abfedern jener Schäden, die eine auf wachsende Ungleichheit gründende Weltordnung tagtäglich produziert.

*Hilfe als
Abfederung von
Folgen der
Weltordnung*

In den letzten Jahren hat die humanitäre Hilfe gegenüber der Entwicklungszusammenarbeit fraglos an Bedeutung gewonnen. Dieser Bedeutungszuwachs resultiert aus den großen globalen Veränderungen. Zwar ist die Welt im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung näher zusammengedrückt, doch war sie nie so gespalten wie heute. Soziale Verteilungskämpfe und ökologische Katastrophen, die fast ausschließlich die ärmeren und ausgeschlossenen Teile der Weltbevölkerung treffen, haben nicht nur die Notwendigkeit der humanitären Hilfe erhöht, sondern auch das Bild verändert, das sich die Öffentlichkeit von glaubwürdiger Hilfe macht.

Der lange Zeit hoch im Kurs stehende Grundsatz: „Gib dem Hungernen einen Fisch, und er ist einen Tag satt; lehre ihn fischen, und er wird immer satt sein“, wirkt heute merkwürdig angestaubt, fast schon überkommen. Wer im Angesicht eines hungernden Kindes nach den Ursachen des Hungers fragt, gilt in den Augen der Öffentlichkeit als wenig glaubwürdig, mitunter sogar als Unmensch.

*Interesse an
Ursachen nimmt
ab*

Denken Sie an den früheren Umweltminister Trittin, der anlässlich der Überflutung New Orleans das tat, was man von einem aufgeklärten Politiker eigentlich erwarten sollte: nach Ursachen zu forschen, um dafür sorgen zu können, dass sich Katastrophen nicht wiederholen. Aber nicht Zustimmung wurde Trittin zuteil, als er die Zunahme ökologischer Desaster in den Kontext ungebremster Schadstoffemissionen stellte, sondern der Vorwurf, er würde die Not von Menschen politisch missbrauchen. Trittin wurde zurückgepfiffen von denen, die den Prozess der Globalisierung gerne als eine ökonomische Zwangsläufigkeit präsentieren, der politisch nicht gesteuert, nur hier und da ein wenig abgedeutet werden kann.

Die Globalisierung, so wie sie stattgefunden hat, aber ist keine Zwangsläufigkeit. Sie ist das Ergebnis einer Politik, die der französische Soziologe Pierre Bourdieu – scheinbar paradox – als „Politik der Entpolitisierung“ beschrieben hat. Mir scheint, dass diese Politik inzwischen auch in den Konzeptionen von Hilfe ihren Niederschlag gefunden hat.

*Politik der
Entpolitisierung*

*Unpolitischer
Pragmatismus*

Viele der heutigen Helfer jedenfalls halten sich nicht mehr lange mit den Hintergründen einer Krise auf. Wo früher das Streben nach einer besseren Welt zum Handeln motivierte, herrscht heute ein zupackender Pragmatismus, der gar nicht erst den Anspruch erhebt, sich politisch einmischen zu wollen.

Emblematisch für die Vorstellung, die große Teile der Öffentlichkeit von einer glaubwürdigen Hilfe hat, steht das Bild des weißen Hubschrauberpiloten, der vor einigen Jahren, als Mosambik von einer katastrophalen Überschwemmung heimgesucht wurde, ein neugeborenes Baby samt seiner Mutter aus einem umfluteten Baum rettete. Genau dieses Bild symbolisiert die von außen einschwebende und meist gleich wieder verschwindende Hilfe, für die es keinen Kontext mehr zu geben scheint und so auch keine Gesellschaftlichkeit. Die Möglichkeit der Rettung des Einzelnen versöhnt mit der katastrophalen Entwicklung der Welt, die so sehr der Rettung bedürfte.

Vieles deutet daraufhin, dass das aufgeklärte Katastrophenverständnis, das sich mit dem Erdbeben in Lissabon durchzusetzen begann, heute wieder in Auflösung begriffen ist. Damals, vor 250 Jahren, befand Jean Jacques Rousseau angesichts der plötzlichen Zerstörung einer der blühendsten Städte Europas, dass auch Naturkatastrophen in dem Maße von Menschen gemacht seien, wie es die Menschen noch nicht vermocht haben, mit der Natur zu leben. Von den Gedanken der Aufklärung ist in den heutigen Katastrophendeutungen immer weniger zu spüren. In den Notunterkünften der Hurrikangeschädigten im Süden der USA tummeln sich nicht Klima- und Siedlungsexperten, sondern Erweckungsprediger und Scientologen. An die Stelle rationaler Ursachenforschung treten wieder religiöse Deutungen und immer häufiger auch die Dämonisierung von Natur. Den Gipfel leistete sich die Bild-Zeitung, die während des Tsunami titelte: „Terrorangriff der Natur - Will die Erde uns loswerden?“ – Die Natur in wilder Ehe mit Osama bin Laden? - Da wollte offenbar auch George W. Bush nicht nachstehen, als er erst kürzlich die vorrückende Vogelgrippe mit einem drohenden Angriff von Terroristen verglich.

*Ablösung
rationaler
Ursachenfor-
schung durch
„Dämonisierung“
der Natur*

Man muss solche Dinge ernst nehmen. Denn die Folgen sind weit reichend: Nicht mehr die kritische Erörterung von Fragen der Ökologie (beispielsweise die problematischen Folgen der Abholzung von Mangrovenwäldern im Zuge der Tourismusentwicklung) steht dann auf der Tagesordnung, sondern die Furcht vor weiteren „Angriffen der Natur“.

*Katastrophenhilfe
als Kompensation
und Legitimation
alltäglichen Nicht-
Helfens*

Ängste und Scham aber verlangen bekanntlich nach Kompensation. Nicht zuletzt die Hilfe kann dabei eine große Rolle spielen. Darauf hat der Philosoph Zygmunt Bauman verschiedentlich hingewiesen: Mit der Hilfe für die Opfer, so Bauman, könnte es sich wie mit dem Karneval verhalten; die bestehenden Verhältnisse werden durch eine periodische, aber begrenzte und streng kontrollierte Umkehrung aller

Normen bestätigt. Tatsächlich, so Bauman weiter, besteht im wohlhabenden Teil der Welt die Tendenz, Mitleid und Nächstenliebe an besondere Situationen zu binden, um damit ihr Nichtvorhandensein im täglichen Leben zu legitimieren und für normal zu erklären. Durch den Anblick menschlichen Unglücks ausgelöste moralische Impulse werden kanalisiert, indem sie an Spendensammlungen gebunden werden.

Niemand anderes als Helmut Kohl hat Baumans bedenkenswerten Einwurf bestätigt. „Heute tun wir mal was Gutes“, bekannte Kohl Anfang der 80er Jahre, als er beim ersten „Afrika-Tag“ einige Geldscheine in eine Spendenbüchse warf. Deutlicher kann man nicht machen, wie das Streben nach Gerechtigkeit zur so genannten „guten Tat“ verkümmert, die über den tatsächlichen Mangel an Gerechtigkeit hinwegtrösten soll.

Die Welt scheint dann nicht mehr in Privilegierte und Gedeemütigte oder in Machtvolle und Ohnmächtige gespalten zu sein, sondern nur noch in Helfer und Hilfsbedürftige. Und das klingt viel beruhigender als Macht und Privilegien. Wer könnte schon an Hilfe Anstoß nehmen?

Der Verweis auf den legitimatorischen Gehalt von Hilfe heißt nicht, dass Hilfe nicht bitter nötig wäre. Gerade Hilfsorganisationen erfahren das in ihrer täglichen Arbeit. Immer wieder können dringend notwendige Hilfsprojekte nicht durchgeführt werden, weil das Geld fehlt. Aber, und auch das sage ich mit gleicher Überzeugung: es ist nicht der Geldmangel alleine, der Projekte scheitern lässt. Oft sind es falsche Konzeptionen von Hilfe, die sich schließlich in einer heiklen Projektpraxis niederschlagen. Und damit komme ich zum zweiten Teil meiner Ausführungen.

Trotz allem: Hilfe ist bitter nötig

Erfahrungen,

Schon der flüchtige Blick auf die Hilfe für die Opfer des Tsunami zeigt eine merkwürdige Gleichzeitigkeit von zuviel und zu wenig Hilfe, von Überfluss und Ausschluss.

Weil es zwischen den vielen Helfer und Hilfsorganisationen, die aus allen Teilen der Welt gekommen waren, kaum koordinierende Absprachen gab, kam es zu großen Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Hilfsgüter: manche Dörfer bekamen viel, andere gar nichts. Aus Indien wurde berichtet, dass einzelne Familien innerhalb einer Woche bis zu einer halben Tonne Reis erhielten, während andere leer ausgingen. Vieles war dem Zufall überlassen, und nicht selten waren es die zufälligen Kontakte von Touristen, die über das Zustandekommen von Hilfsmaßnahmen entschieden haben.

Tsunamihilfe: Gleichzeitigkeit von zuviel und zu wenig

Zu den prekären Folgen solcher Hilfseinsätze zählen Neid und Demütigung, aber auch die rapide Verteuerung von Grundnahrungsmitteln, Brennstoffen und Hygieneartikeln auf den lokalen Märkten. In Sri

Folgen: Ungerechtigkeit, Demütigung, Neid

Lanka hat die fehlende Verteilungsgerechtigkeit mit dazu beigetragen, dass der seit Jahrzehnten bestehende Bürgerkrieg wieder aufgeflammt ist.

Stichwort Fischerboote: Nachdem in den Medien ausführlich über den Verlust der Boote berichtet wurde, schienen viele Helfer genau darin einen griffigen Anknüpfungspunkt für das eigene Engagement zu sehen. Mit dem Ergebnis, dass in manchen Fischergemeinden heute ein 30% höherer Bootsbestand herrscht als vor der Katastrophe. Einen überaus zweifelhaften Rekord erzielte dabei ein Dorf in Indien. Wo es früher 35 Katamarane gab, liegen heute 120 zumeist motorisierte Boote am Strand, die allesamt wunderhübsch anzusehen sind. Einziger Schönheitsfehler: es wurde weder daran gedacht, auch die Betriebsmittel zu sichern, noch die Vermarktungskapazitäten auszubauen. Und so droht vielen der begünstigten Fischerfamilien heute die Verschuldung - und den Küsten obendrein die Überfischung.

*Scheitern der Hilfe,
wenn Betroffene
nicht in Planung
eingebunden*

Derart entfernte sich die Hilfe von den Leuten, denen sie eigentlich eine Unterstützung sein wollte. Weil die Betroffenen nicht in die Planung einbezogen wurden, weil lokales Wissen zu wenig berücksichtigt und Hilfe als barmherzige Geste, nicht aber als Rechtsanspruch gesehen wurde, musste so manche Hilfsaktion, trotz guter Absichten, scheitern.

*Nutznieser von
Fehlplanungen:
„Provinzfürsten“*

Nutznieser sind nicht selten lokale Bürgermeister, Abgeordnete oder Provinzregierungen gewesen, die in Hilfsmassnahmen eine gute Möglichkeit sahen, ihre Wiederwahl zu betreiben. Aufschlussreich ist auch die Zusammensetzung der von der srilankischen Präsidentin eingesetzten nationalen Wiederaufbaukommission, deren Mitglieder nicht ganz zufällig allesamt auch in der Tourismusbranche tätig sind.

Ganz offenbar sieht die Regierung Sri Lankas in der Katastrophe eine willkommene Gelegenheit, ein lange gehegtes ökonomisches Modernisierungsprojekt durchzusetzen. Mit allen Mitteln soll die heimische Wirtschaft an die globalen Märkte angeschlossen werden. Unter anderem ist der Ausbau des Luxustourismus geplant, dem nicht nur die traditionellen Fischergemeinden im Weg standen, sondern auch die vielen kleinen Pensionen und Restaurants. Mit dem Argument, die Bevölkerung vor weiteren Katastrophen schützen zu wollen, wurden küstennahe Bauverbote erlassen (selbstredend mit Ausnahmegenehmigungen für die großen Tourismusunternehmen) und die Kleinfischer in neue Siedlungen, fernab der Küsten umgesiedelt.

Einige dieser Umsiedlungen wurden mit Unterstützung ausländischer Hilfsorganisationen gebaut, die sich so - gegen ihre Absicht - in einer geheimen Solidarität mit jenen Kräften wieder fanden, die sie im Interesse der Opfer eigentlich bekämpfen sollten.

..... Mythen

Es ist höchste Zeit, die Bedürfnisse von Not leidenden Menschen wieder ins Zentrum des helfenden Handelns zu rücken. Wer das tut, wird sich rasch mit einer ganzen Reihe von Mythen konfrontiert sehen, die sich um die Idee von Hilfe ranken.

Es stimmt einfach nicht, dass die Opfer von Katastrophen völlig hilflos und unfähig zu eigenen Wiederaufbaubemühungen sind. Auch ist es ein Irrglaube, dass es vor Ort an allem fehle und nur die rasche Bereitstellung aller verfügbaren Hilfsgüter eine schnelle Wiederherstellung möglich mache.

Katastrophenopfer sind nicht vollkommen hilflos

Solche Mythen mobilisieren zwar die öffentliche Hilfsbereitschaft, führen aber immer wieder zu völlig unangepassten Hilfeleistungen, die schließlich auch die notwendigen Hilfsmassnahmen konterkarieren können.

Gerade in Südasien war dies der Fall, wo die Betroffenen in den ersten beiden Wochen nach dem Seebeben auf bemerkenswerte Weise zueinander standen und sich in Nachbarschaftshilfe aktiv daran machten, die Schäden zu beseitigen.

Darüber aber erfuhren die Menschen hierzulande wenig. Die Medien und viele der Hilfsorganisationen berichteten ausführlich über die Leistungen der eingeflogenen Helfer und zeigten, zur Empörung unserer Partner, die Opfer des Tsunami meist nur als eine hilflos zusammengedrückte Masse menschlichen Unglücks - als Hintergrund für Spendensammlungen, möglichst dramatisch ins Bild gesetzt.

Bilder von „Opfern“

Nun heißt es gelegentlich, dass solche Bilder notwendig seien, weil sonst „unser Geiz noch geiler, unser Herz noch leerer“ wäre. Das mag zwar so sein, doch transportieren die Opfer-Bilder auch die Botschaft, dass es in den Katastrophengebieten für Selbsthilfe keine Ansätze gibt und die Hoffnung allein von der Präsenz ausländischer Helfer abhängt.

Die Folge ist eine von außen übergestülpte Hilfe, die gelegentlich mehr Schaden anrichten kann, als dass sie tatsächlich hilft. Als sich beispielsweise unter den Tsunami-Geschädigten herumsprach, dass kostenlos Hilfsgüter verteilt würden, verließen viele ihre selbst bestimmten Wiederaufbaubemühungen und stellten sich in die Schlange der passiv Wartenden. Vielleicht haben Sie noch die Fotos in Erinnerung, auf denen militärische Landungsboote zu sehen waren, die riesige Berge von Kleidern auf die Strände kippten. Solche Hilfe erwies sich in gleich doppeltem Sinne als schädlich. Sie demobilisierte die Menschen und lastete ihnen am Ende noch die Bürde auf, die Hilfe wieder zu entsorgen. Für Kleider – zumindest in diesem Ausmaß – nämlich hatte niemand Verwendung.

Übergestülpte Hilfe kann schaden

„Moral has gone“, beklagen unsere Partner. Wo die Menschen früher selbst initiativ gewesen waren, wächst heute eine passive Erwartungshaltung. Und nicht wenige finden sich in einem Teufelskreis aus Verschuldung, Alkoholismus und Gewalt wieder.

... und Interessen

Gegen die Mythen, die sich um Hilfe ranken, ist immer wieder angeschrieben worden. Warum sie sich so hartnäckig halten, hat meines Erachtens mit vor allem drei Gründen zu tun.

Kommerzialisierung

*Hilfe als
expandierender
Wirtschaftszweig*

Da ist erstens die Tatsache, dass Hilfe mehr und mehr von wirtschaftlichen Interessen durchsetzt und so zwangsläufig zu einem Selbstzweck wird. Die vielen Milliarden, die alljährlich für Nothilfebemühungen in aller Welt aufgebracht werden, haben die Hilfe zu einem expandierenden Wirtschaftszweig werden lassen, der ganz neue Akteure auf den Plan gerufen hat.

Und damit meine ich nicht die vielen neuen Initiativen, die kleinen humanitären start-up Unternehmen, sondern den corporate sector, die Unternehmen, die ihrerseits begonnen haben, eigene Hilfsorganisationen aufzubauen, um sich werbeträchtig als barmherzige Helfer für Menschen in Not in Szene zu setzen.

Banken spendeten zur besten Sendezeit an firmeneigene Stiftungen. Und ein deutsches Tourismusunternehmen rief zu Spenden auf, um in Sri Lanka ein Dorf für 200 geschädigte Familien aufzubauen. An nichts soll es den Begünstigten mangeln, kann man auf der Website des Unternehmens lesen. Problematisch nur, dass die Opfer sich sozusagen um die Unterstützung bewerben mussten und die 200 begünstigten Familien aus einem Kreis von 500 ausgewählt wurden. Um was, frage ich Sie, geht es hier? Um Wiederherstellung von Autonomie? Um eine an den Bedürfnissen der Opfer ausgerichtete Hilfe? Oder um Hilfe als Lotteriegewinn im Kontext von Marketing-Strategien? Bemerkenswert jedenfalls ist, dass sich so manches Unternehmen heute die Kosten für Marketing und Werbung sogar noch aus Spenden finanzieren lassen kann.

Medialisierung

Zweitens sind da die immer prekärer werdenden Vorgaben der Mediengesellschaft. Nur wer selbst im Bild sichtbar wird, wirkt in der Medienöffentlichkeit über- *Dominanz der
Bilder*

zeugend. Ein entsandter Arzt, der mit T-Shirt, Fahne und eindrucksvollem Auto ausgestattet wird, ist natürlich in viel stärkerem Maße „visible“ als die lokalen Mitarbeiter von Partnerorganisation, die sich womöglich kaum von der Masse der Opfer unterscheiden.

Zu welch skurrilen Entwicklungen die Ausrichtung der Hilfe an öffentlichen Erwartungen führen kann, zeigen Meldungen aus Indien und Sri Lanka.

Weil das Thema Kinder bei den Spendern am besten angekommen ist, wollten viele hilfsbereite Initiativen, viele Kommunen und Hilfsorganisationen nur Schulen und Waisenhäuser bauen. Leider aber war die Zahl der zerstörten Schulen einfach nicht groß genug. Unter den Srilankern ging sogar der böse Satz um, man müsse wohl noch ein paar der überlebenden Eltern umbringen, um genügend Waisen zu haben.

Der Bedarf für Unterstützung von außen war und ist fraglos groß. Ganz offenbar aber korrespondierte das, was die Menschen vor Ort brauchten, nicht mit den Erwartungen der heimischen Spender. Und gemessen an den Chancen, in der medialen Öffentlichkeit Resonanz zu finden, macht es schon einen Unterschied, ob man eine weithin sichtbare Baumaßnahme fördert oder eben nur die Handy-Kosten von lokalen Partnern übernimmt, die sich womöglich von den Opfern gar nicht groß unterscheiden. Zur Förderung eigenständiger Hilfsbemühungen wäre die Sicherstellung von Kommunikationsmöglichkeiten, so abstrakt das klingt, sehr viel wichtiger gewesen als einen Karton mit Nahrungsmitteln zu schicken.

*Unterschiedliche
Erwartungen der
Spender und der
Tsunami-
geschädigten*

Paternalismus

Und da ist drittens eine noch immer existierende paternalistische Grundhaltung, die den Mythos von der Hilflosigkeit der Opfer antreibt und auch das permanente Eingreifen in deren Belange legitimiert.

Jean Paul Sartre sprach in diesem Zusammenhang von einem „rassistischen Humanismus“, der daraus resultiert, dass das Elend der Welt nicht vor den Hintergrund der eigenen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Dominanz verstanden wird, sondern allein als Problem des Südens. Aus solcher Perspektive erscheint die Lösung dann tatsächlich in der „humanistischen Aktion“ zu liegen, - der wohlmeinenden Hilfe für die armen Menschen im Süden, die leiden, weil sie eben so sind, wie sie sind.

Als Beleg für den noch immer existenten Paternalismus muss nicht unbedingt der skurrile Vorschlag eines Abgeordneten herhalten, der Anfang des Jahres empfahl, deutsche Arbeitslose zu Aufräumarbeiten nach Indien zu schicken, sondern kann durchaus auch die Debatte unter deutschen Sozialwissenschaftlern erwähnt werden, die dem ka-

tastrophen- und krisengeschüttelten Afrika eine europäische Treuhandschaft verordnen möchten.

Lesson learned

Schließen möchte ich mit einigen Empfehlungen, und zwar sowohl an die Adresse der kommunalen Initiativen, als auch an die von Hilfsorganisationen, Medien und der Politik.

1. Da sich Hilfe in komplexen Realitäten ereignet, können nur diejenigen wirksam helfen, die die politischen, sozialen und kulturellen Umstände von Katastrophen und Krisen berücksichtigen. Hilfe ist immer politisch.
2. Da die Betroffenen stets die wichtigsten Träger von Hilfe sind, ist die maßgebliche Beteiligung der „Opfer“ an Planung und Durchführung von Hilfsprogrammen unerlässlich. Hilfsorganisationen, die über ein globales Netz an Partnerorganisationen verfügen, können auch in Notsituationen rasch und effektiv reagieren.
3. Die Qualität von Hilfe misst sich nicht am Grad der Unmittelbarkeit. In angemessenen Betreuungs- und Verwaltungskosten drückt sich nicht ein Missbrauch von Spenden aus, sondern gerade der sorgsame Umgang mit Mitteln, die - gemessen an den Notwendigkeiten - immer zu gering sind.
4. Kommunale Initiativen sind gut beraten, wenn sie mit professionellen Hilfsorganisationen zusammenarbeiten. Eine solche Kooperation gelingt am besten, wenn sie nicht erst im Moment einer akuten Katastrophe entsteht, sondern über einen gewissen Zeitraum hinweg entwickelt und gepflegt werden kann.
5. Hilfsorganisationen sollten sich nicht scheuen, die Komplexität von Hilfe öffentlich deutlich zu machen. Wer aus Spendenüberlegungen die Dinge griffig vereinfacht, wie es gelegentlich professionelle Fundraiser verlangen, riskiert, dass schließlich auch die Professionalität der Hilfe Schaden nimmt. Unbedingt ist es notwendig, die Spendenwerbung um eine verstärkte „katastrophenpolitische Bildungsarbeit“ zu ergänzen, die auch über die Voraussetzungen und Grenzen von humanitärer Hilfe aufklärt.
6. Die Medien sind eingeladen, nicht nur auf die spektakulären Momente von Katastrophe und Hilfe zu setzen, sondern über Langwierigkeit und Komplexität zu berichten. Beispielhaft ist die Serie der FR, die monatlich über den Fortgang eines Projektes von medico berichtet hat. Für uns war das nicht immer ein Ruhmesblatt. Anfangs sah es so aus, als käme das Projekt, die Wiederansiedlung Flutopfern, so gar nicht voran. Gearbeitet aber wurde im Hinter-

grund. Die notwendigen Rechtsgrundlagen mussten geschaffen, der Kampf gegen die Bürokratie geführt werden. Erst im letzten Bericht war dann davon zu lesen, dass das Projekt mit einemmal aufgeblüht ist.

7. Die Politik schließlich ist aufgefordert, sich wieder ihrer eigentlichen Aufgabe zu entsinnen und für ursachenbezogene strukturelle Veränderungen zu sorgen, statt politisches Handeln durch humanitäre Hilfe zu substituieren. Das Ziel, eine andere, solidarischere Welt zu schaffen, bedarf mehr als Hilfe in Katastrophensituationen. Oftmals ist die politische Aktion im eigenen Lande viel wirksamer, als das Helfen vor Ort. So ließe sich der Hunger in Afrika sicherlich nachhaltiger statt mit Nahrungsmittelhilfen durch einen Stopp der EU-Agrarsubventionen bekämpfen, die noch immer verhindern, dass eine konkurrenzfähige afrikanische Landwirtschaft entstehen kann.

Die Welt leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe notwendig machen.

5.2: „Die Rolle der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit“

Frieder Wolf, Leiter des Büros für internationale Angelegenheiten der Stadt Köln

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

zuerst möchte ich der Servicestelle Partnerschaftsinitiative und InWEnt für die freundliche Einladung sowie Herrn Gebauer für seine er-
nüchternden, nachdenklichen Worte danken. Trotz einer jahrzehntelangen entwicklungspolitischen Debatte und Professionalisierung der Entwicklungshilfe mangelt es uns, so scheint es, noch immer an den nötigen Kenntnissen über globale Zusammenhänge. Eine `Alphabetisierungskampagne` täte da sicher manchmal gut. So beeindruckend die Hilfs- und Spendenbereitschaft nach der Tsunami-Katastrophe am 26. Dezember 2004 gerade in Deutschland war, so sehr irritierte bei manchen Aktionen das Wetteifern um die Höhe der Spendenbeiträge und das Spektakel, die mehr dem eigenen Imagegewinn als der nachhaltigen Linderung faktischer Not gegolten haben mögen. Globale Verantwortung übernahmen sie damit noch nicht.

Betroffenheit aktiviert, erzeugt aber nicht allein schon nachhaltiges Engagement. Die überwältigende Hilfsbereitschaft, die wir nach der Tsunami-Katastrophe erlebten, hat sich nach dem kaum weniger verheerenden Erdbeben in Pakistan jedenfalls nicht wiederholt. Wir sind, so scheint es, vielerorts zur Tagesordnung übergegangen.



*Nachhaltiges
Engagement
braucht
Ankerpunkte*

Betroffenheit braucht Ankerpunkte, wenn sie nachhaltig wirken soll. Auf kommunaler Ebene können solche Ankerpunkte der internationalen Solidarität sein:

- Städtepartnerschaften
- über Jahre gewachsene Projektpartnerschaften aus dem entwicklungspolitischen Engagement einer Stadt und/oder lokaler Einrichtungen und Initiativen.

Ohne solche Ankerpunkte ist das entwicklungspolitische Engagement von Kommunen schwerlich umzusetzen und letztendlich auch sinnlos. Kommunen sind ja nicht die geborenen Akteure der Entwicklungszusammenarbeit. Als kommunale Akteure haben wir zuerst unsere lokalen Aufgaben zu erledigen. In Zeiten leerer Kassen gilt das erst recht. Während sich die spontane bürgerschaftliche Hilfsbereitschaft dem kritischen Blick der Öffentlichkeit entziehen kann, weil im Zweifelsfall die Rechtfertigung vor sich selbst genügt, agieren Kommunen, die sich entwicklungspolitisch engagieren, als politische Subjekte per se im öffentlichen Raum. Sie sollten dann wissen, was sie tun.

*Aufruf des
Bundeskanzlers
„suboptimal“*

Der Aufruf des Bundeskanzlers zur Bildung von kommunalen und bürgerschaftlichen Partnerschaften für den Wiederaufbau der vom Tsunami betroffenen Regionen hat der überwältigenden spontanen Hilfs- und Spendenbereitschaft noch weiteren Auftrieb gegeben und vielfach zu neuen Formen der Solidarität geführt. Darin war und ist er zu begrüßen. Trotzdem war der Aufruf des Kanzlers, so meine ich, insofern `suboptimal`, als er einen öffentlichen und medialen Erwartungsdruck des schnellen Handelns erzeugte, wo doch gerade die sorgfältige Vorbereitung und der lange Atem vonnöten waren, und mit dem Begriff der `Partnerschaften` zwischen gleichen Institutionen, der zum Glück dann schnell in `Partnerschaften` korrigiert wurde, ein Format vorgab, das zumeist an der Realität vorbeiging.

*Kommunen als
Initiatoren und
Makler*

Die Wirklichkeit suchte sich zum Glück oft ihren eigenen Weg. So viele Schulen in Südasien, wie unsere Schulen gerne als Partner gehabt hätten, fanden sich einfach nicht. Auch zwischen Kommunen haben sich in den wenigsten Fällen neue Partnerschaften gebildet. Oft ohne eigene Ressourcen, ohne direkte Zugänge in die Katastrophenregion und damit oft auch ohne die notwendige Kenntnis der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse vor Ort, sahen wir uns in den Städten stattdessen in die Rolle des Initiators, Maklers und Gewährleisters von Not- und Wiederaufbauhilfe gedrängt, und das in einer Region, die von mehreren politischen Krisenherden gekennzeichnet ist. Dass sich so viele Kommunen trotzdem erfolgreich engagiert haben, zeugt von der Kompetenz und Kreativität kommunaler Selbstverwaltung und bürgerschaftlichen Engagements.

Was hat die Stadt Köln gemacht?

Köln pflegt weltweit zu 23 Städten kommunale Partnerschaften und beteiligt sich darüber hinaus seit Jahren im Rahmen von interkommunalen Transfer- und Austauschprogrammen an der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Solidarität für Partner in der Not ist deshalb für die Stadt Köln zur selbstverständlichen Praxis geworden. So hat die Stadt mit breit getragenen Spendenaktionen zum Beispiel in den Jahren 1989/90 die Partnerstadt Wolgograd (Russland) unterstützt und nach dem Hurrikan Mitch im Jahr 1998 für die Partnerstädte Corinto/El Realejo (Nicaragua) sowie nach dem Erdbeben in der Marmara-Region im August 1999 für die Partnerstadt Istanbul (Türkei) tatkräftige Wiederaufbauhilfe geleistet.

Engagement in Köln

Den gleichsam natürlichen Partner gab es nach der Tsunami-Katastrophe allerdings nicht. Die Kölner Partnerstädte und Projektpartner lagen bis dahin allesamt außerhalb der betroffenen Region. Mangels tragfähiger eigener Kontakte hat die Stadt Köln deshalb bewusst darauf verzichtet, nach der Flutkatastrophe eigene Soforthilfemaßnahmen zu ergreifen. Sie hat sich auch nicht unter den Druck gesetzt, durch die Einrichtung eines eigenen Kontos mit den international vernetzten und professionell agierenden Hilfsorganisationen um Spenden zu konkurrieren, ohne selbst schon über einen konkreten Ansatz für die auf die Soforthilfe folgende Phase des Wiederaufbaus zu verfügen. Stattdessen verwies die Stadt in den ersten Wochen bei allen Anfragen und Aufrufen auf deren Engagement. Viele dieser Organisationen haben ihren Sitz in Köln und machen Köln damit auch ohne das spezifische Engagement der Stadt zu einem logistischen Zentrum der deutschen Not- und Entwicklungshilfe.

Keine eigenen Soforthilfemaßnahmen der Stadt Köln

Darüber hinaus richtete die Stadt Köln für die Beratung und Vermittlung bei Hilfsangeboten eine eigene Koordinationsstelle ein, die in den ersten zwei bis drei Monaten auch vielfach genutzt wurde. Die Hilfsbereitschaft reichte von Initiativen, die Unterstützung über private Kontakte organisierten, Schulen und Kirchengemeinden, die Basare durchführten und Geld sammelten, Musikgruppen, die gerade während der Karnevalszeit Benefizveranstaltungen organisierten, die Kölner Köche, die eine private Hilfsaktion ins Leben riefen, bis hin zu Partnerschaften zwischen Hochschulen und Unternehmen, die ihre tatkräftige Hilfe anboten.

Einrichtung einer Koordinationsstelle

Von Anfang an war aber auch klar, dass sich die Stadt Köln mit einem eigenen Beitrag am Wiederaufbau beteiligen will. Bei der Identifizierung eines geeigneten Projekts galt dabei stets die Devise "Qualität vor Schnelligkeit", damit diese Hilfe in ein nachhaltiges und entwicklungspolitisch sinnvolles Engagement münden kann. Deshalb hat Oberbürgermeister Schramma Ende Januar Vertreterinnen und Vertreter von vierzehn professionellen Hilfs- und Mittlerorganisationen, die entweder in Köln ihren Sitz haben oder auf die Stadt Köln zugekom-

Devise „Qualität vor Schnelligkeit“

*Initiierung eines
Werkstattge-
sprächs*

men waren und in den betreffenden Regionen mittlerweile mit eigenen Wiederaufbauprojekten engagiert sind, zu einem Werkstattgespräch ins Kölner Rathaus eingeladen, darunter der Arbeiter-Samariter Bund, Cap Anamur, die Christoffel Blindenmission, DESWOS, die Emmaus-Gemeinschaft, die Deutsch-Indonesische Gesellschaft, das Kolpingwerk, der Malteser Hilfsdienst, medica mondiale und UNICEF Deutschland. Seit Januar fanden fünf weitere Treffen statt, die - als ebenso unerwartetes wie erfreuliches Nebenprodukt - zu neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen den Kölner NGOs geführt haben.

*Gründung einer
Projektpartner-
schaft*

Von den Profis der Nothilfe haben wir schnell gelernt, dass die Wiederaufbaumaßnahmen angesichts des Ausmaßes der Tsunami-Katastrophe und der ebenso überwältigenden wie vielfach miteinander konkurrierenden internationalen Hilfsangebote einem komplizierten und langwierigen Abstimmungsprozess unterliegen. Nach einer mehrmonatigen Sondierungsphase haben die Stadt Köln, der Arbeiter-Samariterbund (ASB) und die lokale Organisation KAROD schließlich im Juli eine Projektpartnerschaft geschlossen, um in Kilinochchi, im Nordosten Sri Lankas, ein Rehabilitationszentrum für Opfer der Tsunami-Katastrophe und des Bürgerkriegs zu bauen. Menschen mit Behinderungen erhalten dort künftig physiotherapeutische Behandlung, medizinische Betreuung und Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags und beim Aufbau einer neuen beruflichen Existenz.

*Bau eines
Rehabilitations-
zentrum für
Tsunami und
Bürgerkriegs-opfer
in Sri Lanka*

Mehrere Gründe sprachen aus Sicht der Stadt Köln für dieses Projekt: Der Norden Sri Lankas ist wegen des langjährigen Bürgerkriegs und der anhaltenden Spannungen zwischen der Zentralregierung und den Tamil Tigers (LTTE) von den Strömen der internationalen Hilfe weitgehend abgeschnitten, obwohl der Tsunami gerade in dieser Region große Spuren der Verwüstung angerichtet hat. Mit dem Bau des Reha-Zentrums will die Stadt Köln sowohl einen nachhaltigen Beitrag zur Bewältigung der Flutkatastrophe als auch zur friedlichen Entwicklung im Nordosten Sri Lankas leisten. Eine Trennung zwischen Flutopfer und Opfer des Bürgerkriegs, die zu neuen Ungerechtigkeiten führen würde, wird bewusst vermieden. Das Projekt stellt die Naturkatastrophe stattdessen in den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext der betreffenden Region und weist damit gezielt über den unmittelbaren Anlass hinaus. Hinzu kommt, dass der ASB bereits vor der Tsunami-Katastrophe offiziell in Sri Lanka registriert und im Nordosten tätig war, seine Arbeitsmöglichkeiten also auf beiden Seiten politisch abgesichert sind. Die Vorbereitungen liefen bislang ohne politische Störungen, und wir hoffen natürlich, dass sie auch durch die neuen, im Beitrag von Herrn Witschel (Auswärtiges Amt) gerade erwähnten Spannungen zwischen Zentralregierung und LTTE nicht behindert werden.

Finanziert wird der städtische Beitrag durch eine Spende der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln in Höhe von 50.000 Euro. Die Spende stammt aus der so genannten ProCent-Aktion, zu deren Gunsten städtische Bedienstete jeden Monat auf die Cent-Beträge ihres Gehaltes verzichten. Weitere Spenden aus der Kölner Bürgerschaft, zum Beispiel vom Kölner Männergesangsverein und den Partnerschulen der Jugendabteilung des 1. FC Köln, folgten.

Finanzierung des Projekts durch MitarbeiterInnen der Stadt

Die Werkstattgespräche mündeten zwischenzeitlich in eine neue Netzwerkstruktur, das `Köln-Netz – Lokales Netzwerk für Internationale Nothilfe und Entwicklung´, das zum Jahreswechsel 2005/06 offiziell ins Leben gerufen wird. Das Köln-Netz will

Gründung des „Köln-Netz“

- den Facettenreichtum der professionellen Kölner Tsunami-Hilfsmaßnahmen zum Ausdruck bringen
- diese in einer gemeinsamen Öffentlichkeits- und entwicklungspolitischen Bildungsarbeit kommunizieren: durch die Einrichtung eines Internetportals, bildungspolitische Veranstaltungen, Ausstellungen, Pressekonferenzen etc.
- auf sich entwickelnde und wechselnde Notwendigkeiten flexibel reagieren und die Aktivitäten bei Bedarf regional und sektoral erweitern
- ein differenziertes, realistisches Bild der politischen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit in den vom Tsunami betroffenen Regionen schaffen
- dem Engagement aus der Kölner Bürgerschaft und Wirtschaft eine breitere Palette von Spenden- und Unterstützungsmöglichkeiten bieten, als dies ein einzelnes Projekt leisten könnte
- so insgesamt den `Eine-Welt-Gedanken´ in der Kölner Bürgerschaft stärken und die Millennium-Ziele in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit fördern.

Ziele des Köln Netz

`Köln hilft´ ist in der Summe also sehr viel mehr als eine einzelne Projektpartnerschaft und auch mehr als das Engagement der Stadt Köln. `Köln hilft´ setzt sich zusammen aus unzähligen privaten, ganz eigenständigen Initiativen, professionell geleisteter Sofort- und Wiederaufbauhilfe, der Vernetzung dieser Aktivitäten und der Projektpartnerschaft der Stadt Köln mit dem ASB und KAROD. Die Rolle der Stadt lag dabei in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Orientierungshilfe dort, wo Bürgerengagement um Rat nachsuchte, in der Vernetzung vieler Aktivitäten und schließlich in dem spezifischen eigenen Beitrag zum Wiederaufbau in Kilinochchi. Den Masterplan dazu gab es nicht. `Köln hilft´ war und ist selbst ein Entwicklungsprozess.

„Köln hilft“ als facettenreicher Entwicklungsprozess

*Was können
kommunale
Akteure in der EZ
leisten?*

Was bleibt, zusammenfassend, zur Rolle der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit anzumerken? Ich sagte ja bereits: Die geborenen Akteure der EZ sind sie nicht. Gleichwohl bin ich fest davon überzeugt, dass Kommunen sehr wohl einen sinnvollen und wichtigen entwicklungspolitischen Beitrag leisten können. Die Erfahrungen der Stadt Köln unterstreichen das. Ein paar Stichworte mögen genügen:

1. Kommunen sind der genuine Ort von Bürgerengagement, auch und gerade im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Bürgerengagement agiert und wirkt unmittelbar, das Spektakel braucht es nicht. Aber es wächst und verstetigt sich in der Vernetzung. Hier liegt der komparative Vorteil von Kommunen gegenüber der staatlichen und professionalisierten Entwicklungshilfe. Kommunale Selbstverwaltung ist im Kern nichts anderes als die Initiierung, die Steuerung und das Management von Netzwerkstrukturen. Hier liegt ihre Kernkompetenz.
2. „Lokal handeln, global denken.“ Entwicklungspolitische Bildungsarbeit gelingt nur, wenn sie mit dem eigenen alltäglichen Handeln verbunden ist und das Globale im Lokalen erkannt wird. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit braucht deshalb die Kommunen als Partner. Mehr noch: Die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen kommunalen Handelns sind längst nicht mehr nur lokal, regional oder national zu begreifen. Sie unterliegen vielfach selbst den Auswirkungen globalen Wettbewerbs. Kommunale Selbstverwaltung bedarf um ihrer selbst Willen dieser transnationalen und globalen Dimension.
3. Viele entwicklungspolitische Maßnahmen scheitern an mangelnden demokratischen und dezentralen Strukturen in den Zielländern. Die kommunale Selbstverwaltung und den interkommunalen Fachaustausch zwischen dem Süden und dem Norden zu stärken ist deshalb eine notwendige Voraussetzung zur Einlösung der Millennium-Ziele. Mit ihrer Jahrhunderte langen Erfahrung sind, entsprechende staatliche Förderprogramme vorausgesetzt, deutsche Kommunen gerade dafür die idealen Partner.
4. Kommunen haben Handlungsmöglichkeiten, wo staatliche Entwicklungszusammenarbeit aus Opportunitätsgründen an Grenzen stößt. Kommunen wissen aber auch um ihre eigenen Grenzen. Die Terms of Trade werden andernorts bestimmt.
5. Last but not least: Die Servicestelle Partnerschaftsinitiative und die Kompetenz von InWEnt haben bei der Beratung und Vermittlung von Projektpartnerschaften eine Schlüsselrolle gespielt. Auch die Stadt Köln hat von der Servicestelle vielfach profitiert. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist auf solche überregionalen Stützstrukturen angewiesen.

Durch die Wirkung, die der Kanzleraufruf bundesweit hervorgerufen hat, steht die Bundesregierung jetzt in der unmittelbaren Verantwortung, die mit der Servicestelle geschaffene Beratungs- und Netzwerk-

struktur zumindest für die Dauer der laufenden Projektpartnerschaften aufrechtzuerhalten. Die Bürgerinnen und Bürger werden wissen wollen, was mit den Spendengeldern geschehen ist. Als Kommunen haben wir aber nicht nur die Pflicht, zeitnah Rechenschaft abzulegen, sondern auch die Chance, die Bürgerinnen und Bürger für entwicklungspolitische Zusammenhänge und die Millennium-Ziele zu sensibilisieren. Die unvergleichliche Spendenbereitschaft unterstreicht die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu internationaler Solidarität und globaler Verantwortung. Selten waren Anlass und Gelegenheit, dem `Eine-Welt-Gedanken´ reale Konturen zu geben, so günstig. Erfreulich viele Kommunen tragen ihren Teil dazu bei. Ohne die anhaltende Unterstützung des Bundes und der Länder wird dieses kommunale Engagement aber nicht durchzuhalten sein.

Mit diesem Appell will ich schließen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!



Von links nach rechts: Dr. Georg Witschel, Dr. Gudrun Kochendörfer-Lucius, Christina Rau, Ulrich Nitschke und Thomas Gebauer.

6. Grußwort von Staatssekretär Stather (BMZ)



In seinem Grußwort würdigt Herr Staatssekretär Erich Stather das Engagement der Teilnehmer im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und sagt weitere Unterstützung der Partnerschaftsinitiative zu.



- Ziele**
- Handlungsansätze für Akteure in globalen Partnerschaften
 - Know-how / interkulturelle Kompetenz engagierter Personen stärken
 - Zusammenführung kommunaler Aktivitäten



Staatssekretär Stather im Gespräch mit Ulrich Nitschke (Leiter der SKEW/ InWEnt gGmbH) und Dr. Roland Steurer (Leiter des GTZ-Büros in Sri Lanka).

7.: Ergebnisse der Arbeit in den Foren

7.1: Forum 1 „Gelungene Vorgehensweisen“

Dieses Forum richtete sich vor allem an kommunale Akteure, die bereits an Projektpartnerschaften beteiligt sind. Die Zielsetzung des Forums war es, an Beispielen zu lernen, sowie Beispiele für die Bündelungen verschiedener Partner aufzuführen und bestehende unterschiedliche Partnerschaftsmodelle zu vergleichen. Die Teilnehmer beschäftigten sich mit den möglichen Fehlern, die man bei Projektpartnerschaften begehen kann und entwickelten daraus Empfehlungen für erste vorbereitende Schritte zur Partnerschaft. Außerdem sollten Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der hiesigen Zivilgesellschaft erläutert werden. Außerdem diskutierten die Forumsteilnehmer Tipps für das Vorgehen der Kontaktaufnahme zu den Akteuren vor Ort sowie die Merkmale von erfolgreichen (Projekt)Partnerschaften.

Begriffsklärung im Bereich von „Hilfe“ bis „Partnerschaft“ nötig

Es zeigte sich, dass bei nahezu allen Akteuren eine Klärung vonnöten war, wie sich die Handlungsfelder Entwicklungshilfe, Nothilfe, Soforthilfe und Partnerschaften voneinander unterscheiden und was in den jeweiligen Handlungsfeldern von den Akteuren verlangt wird. Durch diese Unklarheit entstand, auch in der Rückschau, eine große Unsicherheit bei den Akteuren, ob ihr Handeln richtig gewesen ist, bzw. auch bei der professionellen Entwicklungszusammenarbeit Anerkennung findet.



Dabei stellte sich für die Anwesenden die Frage, ob es richtig - und besonders auch – ob es effektiv war (sein kann), schnell zu handeln. „Ist das Prinzip der Nachhaltigkeit ein Antagonismus zur Soforthilfe?“

Zudem herrschte Einigkeit darüber, dass gute Konzepte und eine dringend notwendige Beratung, die eine Einbindung in einen größeren entwicklungspolitischen Rahmen gewährleisten können, für die an nachhaltiger Hilfe Interessierten fehlen. Besonders den kommunalen Akteuren fehlten dabei Anhaltspunkte, wie sie ihre Handlungsmöglichkeiten realistisch einschätzen können, um nicht übers Ziel hinaus zu schießen oder zuviel erreichen zu wollen.

Die Forumsteilnehmer erstellten im Gespräch eine Liste von wichtigen Erfahrungen, die sie während ihrer Projektarbeit gemacht haben und die auch für andere Akteure wichtige Tipps darstellen könnten:

Lessons learned

- Beispiel Ravensburg: die Stadt wiegelte die Spendenbereitschaft der Bürger ab, um erst nachhaltige Projekte identifizieren zu können und verspielte somit die Phase der Spendenbereitschaft der Bevölkerung
- Die Identifikation verlässlicher Handlungsspielräume vor Ort (Ausland) ist in jedem Fall unerlässlich, genauso wie
- Die Identifikation verlässlicher Partner vor Ort (Ausland)
- Bereits bestehende Kontakte der Stadt oder lokaler Organisationen etc. in die betroffene Region sollten geprüft und genutzt werden
- Das Mandat zu kommunalen Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit kann von bereits erfolgreichen Agenda 21-Bemühungen der Kommune ausgehen

Aus diesen notwendigen Voraussetzungen für eine gelungene Projektpartnerschaft zeigte sich auch, dass humanitäre Soforthilfe kein Handlungsfeld der Kommunen sein kann. Denn auch die Hilfestellungen für engagierte Kommunen sollten verbessert werden, um einen reibungsloseren Ablauf der Projektentwicklung zu gewährleisten. Es folgt eine Liste der benötigten Verbesserungen und bestehenden Bedarfe im Feld der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit:

- Bedarf an Professionalisierung durch Einbezug erfahrener Akteure mit regionaler und sektoraler Kompetenz
- Beratungsbedarf zu Möglichkeiten und Problemen der Übertragbarkeit der eigenen kommunalen Erfahrungen und Lösungsansätze auf die Kommunen im Ausland
- Bedarf an stärkerer Vernetzung, an Erfahrungsaustausch und Transparenz der Informationen, z.B. mit Hilfe einer allgemein zugänglichen Datenbank für Kommunen
- Bedarf an klaren Rahmenbedingungen für Projektpartnerschaften: Einstieg, Implementierung, Exit-Option und Zieldefinitionen

Bedarfe

Der als letztes formulierte - aber in seiner Bedeutung für zukünftige Partnerschaften wichtigste - Bedarf dieser Liste ist gleichzeitig auch die Quintessenz aus den Erfahrungen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit:

Es bedarf unter allen handelnden Beteiligten einer Projektpartnerschaft einer stärkeren Bewusstseinsbildung. Eine Partnerschaft kann nur als Dialog funktionieren und bedeutet niemals nur einen einseitigen Ressourcenfluss. Die Planungshoheit muss bei den Akteuren vor Ort gesehen werden – lokale Behörden müssen einbezogen werden. Hierfür ist ein ständiger Rückfluss der Informationen und Sachstände an die engagierten Kommunen von immenser Bedeutung.

„Es muss ein Bewusstsein gestärkt werden, dass Partnerschaften schrittweise entstehen.“



7.2.: Forum 2 „Schulpartnerschaften“

Dieses Forum richtete sich vornehmlich an Bildungsakteure und interessierte Vertreterinnen und Vertreter von Schulen. Die Teilnehmer diskutierten Handlungsanregungen für zukünftige Schulpartnerschaften und beschäftigten sich mit den möglichen Fehlern, die man bei diesem speziellen Fall der langfristigen Projektpartnerschaften begehen kann. Ebenfalls setzten sie sich mit Empfehlungen für erste interne Schritte und für die Zusammenarbeit mit der hiesigen Zivilgesellschaft auseinander. Ein Schwerpunkt war außerdem die Diskussion des Nutzens von Schulpartnerschaften für die beteiligten Partner auf beiden Seiten.

Am Beginn der Diskussion stand ein Brainstorming zum Thema „Wie mache ich Schulpartnerschaften richtig falsch?“. Auf diesem Wege war es möglich, schnell die Probleme und „Gefahren“ bei der Planung einer Schulpartnerschaft aufzuzeigen, um diese negativen Erfahrungen dann in der folgenden Diskussion in positive Handlungsanweisungen für andere interessierte Schulen umformulieren zu können. Doch zunächst die Aufzählung falscher Erwartungen und Vorgehensweisen, die in der Brainstorming-Runde von den Anwesenden genannt wurden:

- Zu hohe Erwartungen und unrealistische Ziele setzen
- Schnelle Erfolge erwarten
- Die Partnerschaft in Deutschland nur auf eine Ebene der Schule beschränken (nur entweder Lehrer oder Schüler oder nur persönlicher Einsatz eines Einzelnen)
- Deutsche Strukturen im Ausland einführen und sich ohne Kontextwissen nur von den eigenen Vorstellungen von Hilfe leiten lassen
- Die monetären Aspekte der Hilfe in den Vordergrund stellen

*Wie mache ich
Schulpartner-
schaften falsch?*



Im weiteren Verlauf des Nachmittags wurde der Nutzen von Schulpartnerschaften sowohl für die eigene Schule (die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte etc.) als auch für die Schulen im Ausland, sowie deren Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte sowie gegebenenfalls ganze Familien oder Dörfer, die an einer Partnerschaft mit einer deutschen Schule interessiert sind, herausgestellt, um den Sinn einer Schulpartnerschaft zu verdeutlichen.

*Nutzen von
Schulpartner-
schaften*

- Die Erweiterung des Horizonts für alle Beteiligten
- Die Möglichkeit globalem und sozialem Lernens
- Die Chance, eine andere Lebenswelt (persönlich) kennen zu lernen und zu erfahren
- Die Möglichkeit neue Freundschaften zu schließen
- Fremde Kulturen kennen zu lernen und ein Verständnis für andersartige Kulturen zu entwickeln
- Schüler erleben „Eine Welt“

Aus all diesen Punkten wurde anschließend eine Reihe von Empfehlungen formuliert, die den engagierten Schülern und sonstigen Interessierten helfen soll, eine Schulpartnerschaft erfolgreich aufzubauen und ihre Kräfte sinnvoll einzusetzen.

Den Schülern im speziellen wird von der Runde der Forumsteilnehmer empfohlen:

*Tipps für
interessierte
Schüler*

- sich auch klassen- oder stufenübergreifend weitere Interessierte zu suchen
- alle genannten Ideen ernst zu nehmen und in der Gruppe zu besprechen
- nach Best Practice Beispielen zu suchen

Allen Involvierten wird empfohlen:

*Tipps für alle
Involvierten*

- zunächst die Ziele des Engagements zu klären: Wollen wir Hilfe leisten und/oder Austausch?
- Die Kommunikationswege zu klären und im Umfeld Unterstützer und Partner zu suchen
- Immer auch unbedingt den Schuldirektor und das Kollegium mit einzubinden
- Verantwortlichkeiten festzulegen und Strukturen für das Projekt zu festigen
- Die Eltern der Schülerinnen und Schüler einzubeziehen
- Einen Arbeitskreis zu gründen



Lebendiger Austausch zwischen LehrerInnen und Teilnehmer des Schulpartnerschaftsworkshops

7.3.: Forum 3 „Die Rolle der Wirtschaft“

In diesem Forum lag der Fokus erstens auf Projektpartnerschaften zwischen deutschen Wirtschaftsunternehmen und unterschiedlichsten Projektpartnern vor Ort und zweitens weitergehend auf möglichen Public-Private-Partnership-Strategien. Wie auch in den anderen Foren ging es um mögliche Fehler beim Vorgehen, den gegenseitigen Nutzen für die Partner, Empfehlungen für erste interne Schritte und für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Zusätzlich wurden Motivationen für das Engagement von Firmen diskutiert.

*Rolle der
Wirtschaft:
Ausgangslage*

Bevor die Teilnehmer des Forums speziell auf die Vorgehensweisen und Handlungsempfehlungen zu sprechen kommen wollten, wurde es von allen Anwesenden als notwendig empfunden die Ausgangslage des Gesprächs zu klären. Man war sich einig, dass im Laufe der Veranstaltung zu wenig über die Rolle der Wirtschaft bei der Entwicklungszusammenarbeit gesprochen wurde. Doch es ist gerade besonders notwendig über die Rolle der Wirtschaft zu sprechen, da für Außenstehende die Gefahr bestehen kann, allzu leicht Vorurteilen über eine von der Wirtschaft ausgehenden Entwicklungszusammenarbeit zu erliegen. Dies gilt es mithilfe einer umfassenden Aufklärung zu vermeiden. Deshalb muss klargestellt werden, dass die Wirtschaft nicht versucht (wenige Schwarze Schafe ausgeschlossen) sich aus der Krise zu bereichern, sondern, dass es eine glaubhafte Form der Entwicklungszusammenarbeit mit der Wirtschaft geben kann.

Doch auch die deutschen Wirtschaftsunternehmen, egal ob klein, mittelständig oder groß, egal ob privat oder staatlich, stehen vor großen Problemen, wenn es um die Initiierung einer sinnvollen und für beide Seiten erfolgreichen Projektpartnerschaft geht:

*Was muss
verbessert werden,
damit die
Wirtschaft effektiv
helfen kann*

- Wie kann die Wirtschaft in die Maßnahmen von NGOs mit einbezogen werden, wenn in vielen Fällen die Nutzung der wirtschaftlichen Leistungen vor Ort sinnvoller ist?
- An Hilfsbereitschaft mangelt es nicht, aber ein Mechanismus von Kommunikation und Koordination fehlt.
- Die Wirtschaft hat keine kommunalen Partner vor Ort, da sie zum Teil nicht international tätig ist. Daher wird ein Vermittler benötigt.
- Es kann eine Konkurrenz der Anbieter entstehen: wer kann was besser, kostengünstiger?
- Kommunale Wirtschaft ist ein Sonderfall der Partnerschaften: Sie wird dennoch als gewinnorientiert angesehen
- Fach-Know-how ist zwar ausreichend verfügbar, aber eine Koordinationsstelle zwischen Akteuren und Partnern fehlt

- Es gibt ein falsches Verhältnis von Angebot und Nachfrage; denn Angebote der deutschen Wirtschaft können nichts bewirken, wenn die entsprechende Nachfrage vor Ort (z.B. nach Sachgütern) fehlt



Resultierend aus der Diskussion eigener Erfahrungen stellten die Forumsteilnehmer eine Liste von Handlungsanregungen und begleitenden Fragen für die Gestaltung zukünftiger Partnerschaften zusammen:

Handlungsanregungen

- Es müssen „Frühwarn-Krisenreaktionsmechanismen“ definiert werden
- Die Eigendynamik der Wirtschaft muss durch eine besondere Struktur gefördert werden
- Frage der Kommunikation vor Ort: Kontakte müssen geknüpft werden
- Sicherstellung der Koordination: wer kann was machen, in welchen Strukturen?
- Wenn es von beiden Seiten gewünscht wird, kann die Partnerschaft/ Zusammenarbeit auch nach Beendigung der Hilfeleistung (z.B. in Form von Sachspenden) fortgeführt werden
- Suche nach optimalem Partner: Das Bewusstsein, dass auch die Wirtschaft ein optimaler Partner sein kann, muss geschärft werden, die Wirtschaft soll als gleichberechtigter Partner angesehen werden: Wer koordiniert dies?

- Information über mögliche Kooperationsformen (zw. Wirtschaft und Staat) wird benötigt: wichtig ist die Klarstellung, dass es nicht um Aufträge geht
- Zusammenschlüsse von Unternehmen mit gemeinsamen Zielen: auch die Wirtschaft ist bereit sich langfristig für Nachhaltigkeit zu engagieren, bestenfalls soll das Prinzip der Nachhaltigkeit in die Firmenstrukturen mit aufgenommen werden
- Bedarfsorientierung ist immer vorrangig; was wird benötigt und wo? Bedarfssuche der Wirtschaft überlassen?
- Der Public Private Partnership Mechanismus sollte für die Wirtschaft adaptiert werden



*Ziele der
Entwicklungszu-
sammenarbeit*

Die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit deutscher Unternehmen hat als Zielsetzung nicht primär die Steigerung des eigenen Profites, sondern die Ermöglichung einer Hilfe zur Selbsthilfe der Partner im Ausland. Dabei wird natürlich eine Win-Win Situation für beide Partner angestrebt, um eine Partnerschaft und keine einseitige Patenschaft zu etablieren. Diese Partnerschaft sollte auch von außen transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein. Die „Corporate Social Responsibility“ eines Unternehmens soll in jedem Fall in einem professionellen Rahmen verfolgt und umgesetzt werden.

7.4.: Forum 4 „Wiederaufbauprojekt in Sri Lanka“

In diesem Forum trafen sich die konkret an dem Schulwiederaufbauprojekt in Sri Lanka beteiligten Spender und Projektträger um Informationen über Verlauf, aktuellen Stand und Perspektiven des Projekts auszutauschen. Die Forumsteilnehmer diskutierten die größten Hindernisse und Erfolge in der Entstehung des Projektes, welche internen Schritte unternommen wurden, um sich an dem Projekt zu beteiligen, und unter welchen Bedingungen die Zusammenarbeit hierzulande am besten funktioniert hat. Überlegungen zu den Zukunftsperspektiven des Projekts spielten in der Diskussion ebenfalls eine wichtige Rolle



Im Laufe der Diskussion unter den Projektbeteiligten wurden einige Empfehlungen für die weitere Umsetzung des Projekts in Sri Lanka gegeben:

- Die Projekte sollen vernünftig umgesetzt werden, trotz Regierungswechsel bzw. Änderung der politischen Lage
- Die Struktur der Partnerschaftsinitiative soll die Schulen weiterhin in der „Schulpartnerschaft“ unterstützen (Austausch)
- Ein Regelmäßiger Informationsfluss seitens PI an die Schulen ist zwingend notwendig, damit diese über das Projekt informiert sind
- Der Wunsch nach Schulpartnerschaften besteht seitens der Spender und soll bei den Projekten berücksichtigt werden
- Bei einer guten Schulpartnerschaft sollen die Erfahrungen an andere weitergeleitet werden: ein Leitfaden zu diesem Thema soll erstellt werden! Dabei soll besonders auf die praktische Umsetzung einer Schulpartnerschaft eingegangen werden: Was muss ich machen, worauf muss ich achten, wie ist die

*Empfehlungen für
das Projekt in Sri
Lanka*

Kultur? Dabei soll auch über die politischen Probleme aufgeklärt und Good Practice Beispiele angeführt werden

- Nicht nur ein Leitfaden für Schulpartnerschaften ist sinnvoll, sondern auch die Erstellung eines Leitfadens zum Thema Partnerschaften allgemein ist nützlich und erstrebenswert



8.: Gesprächsrunde

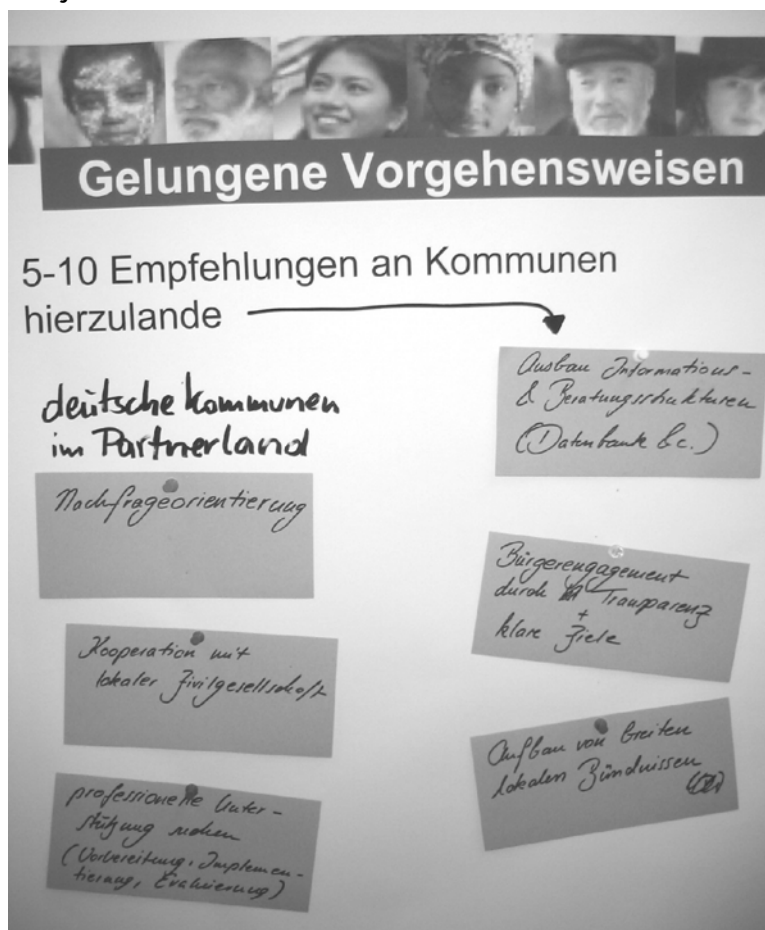
Die Moderatoren der Foren berichteten von den Ergebnissen der Diskussionen in ihren Gruppen. Die drei wesentlichen Empfehlungen aus den Foren wurden außerdem auf Flipcharts festgehalten.

Michael Gräf (Servicestelle Partnerschaftsinitiative, InWEnt gGmbH) beschrieb, dass in der Diskussion im **Forum 1 „Gelungene Vorgehensweisen“** viele Bereiche angesprochen worden sind – von der Definition von Partnerschaften über die Schaffung von Strukturen bis zur Einbindung der Zivilgesellschaft hierzulande und vor Ort. Die Forumsteilnehmer differenzierten die Ergebnisse nach Empfehlungen an die Kommunen in Deutschland sowie nach Empfehlungen an die Kommunen vor Ort.

In den deutschen Kommunen muss zunächst geklärt werden, was man tun will und was man leisten kann. Dies sind die ersten Schritte. Alle Teilnehmer stimmten außerdem darin überein, dass man das vorhandene Engagement in Kommunen am besten aus Arbeiten an einer konkreten Maßnahme heraus entwickeln und darüber in langfristige Projekte und schließlich Partnerschaften münden lassen kann.

*Forum 1 –
Gelungene
Vorgehensweisen*

*Schrittweises
Vorgehen mit
langfristigem Ziel
Partnerschaften*



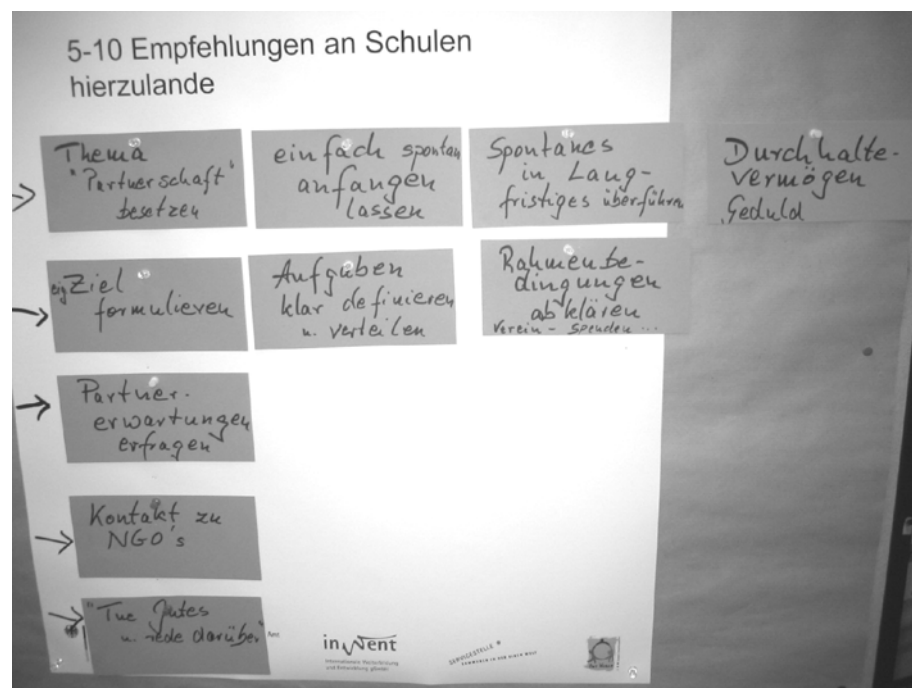
Forum 2 –
Schulpartner-
schaften

Dr. Christiane Averbek (BLK-Programm Transfer-21) berichtete aus dem **Forum 2 „Schulpartnerschaften“**. Dieses Forum hat den Punkt Strategieentwicklung als wesentliche Empfehlung festgehalten, nicht weil es keine Strategien gibt, sondern weil dieser Punkt eine fundamentale Wichtigkeit besitzt und nicht vergessen werden darf.

Bei Schulpartnerschaften ist vor allem auch die Einbindung aller Beteiligten wichtig: Lehrer, Schüler und Eltern. Ebenfalls ist es wichtig, Durchhaltevermögen und Geduld zu zeigen.

Strategie und
Beteiligung aller

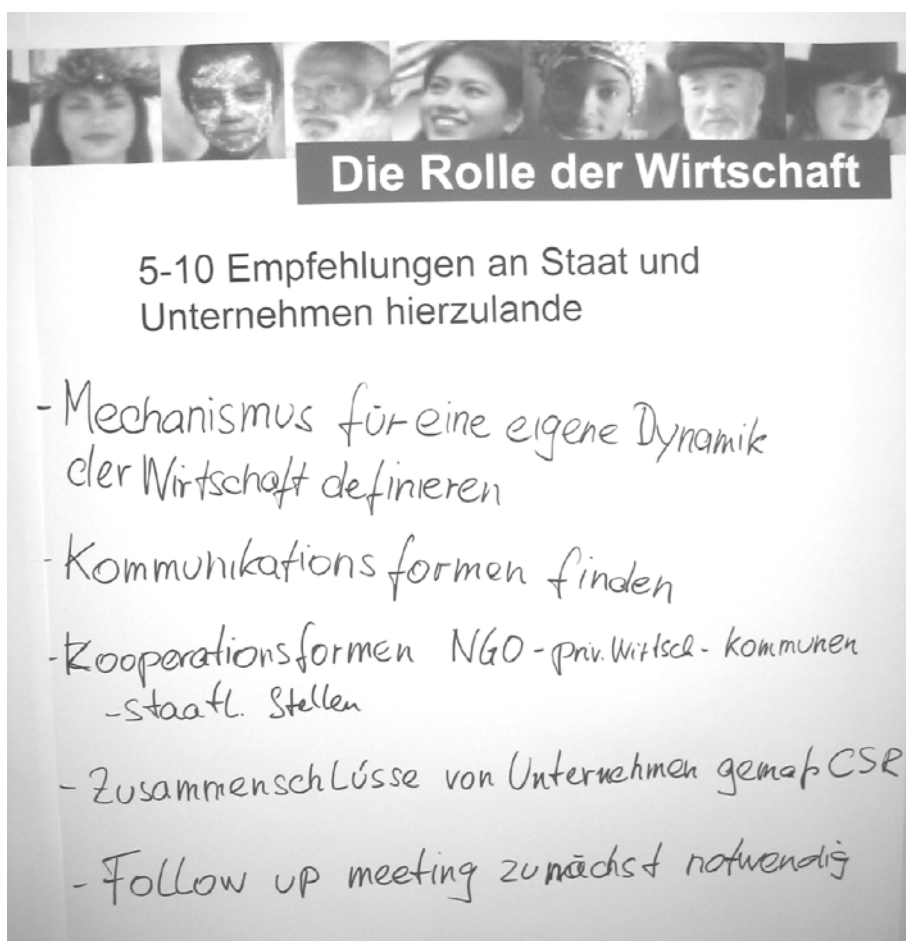
Bevor man sich einen Partner sucht, ist eine Strategie und Zielklärung für Schulpartnerschaften unabdingbar. Andererseits ist es aber auch entscheidend, Initiativen einfach spontan anfangen zu lassen. Es ist wichtig, dass die Ideen von den Schülern selber kommen und man ihnen genügend Gestaltungsspielraum lässt. Bei der Suche nach anderen Akteuren und Partnern soll den Schülern unter Berücksichtigung ihrer Motivationen Hilfe geleistet werden.



Sebastian Kelbing (InWEnt gGmbH) berichtet aus dem **Forum 3 „Die Rolle der Wirtschaft“**. Hier waren Fragen der Konkurrenz um einzelne Projekte, auch zwischen einzelnen Wirtschaftsunternehmen ein wichtiger Diskussionsblock. Auch Kommunikationsaspekte spielten im Zusammenhang mit Konkurrenz-Vermeidung eine wichtige Rolle. Außerdem kann die Wirtschaft, wenn sie in Entwicklungszusammenarbeitsfragen untereinander besser koordiniert wird, auch einen besseren Ansprechpartner für die anderen Akteure in diesem Feld darstellen. Weiterhin sollen bei gemeinsamen Projekten vorher die Ziele von Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit offen besprochen und zu einem gemeinsamen Ziel zusammengeführt werden.

Ein Ziel ist es, dass sich die Wirtschaft von staatlicher Unterstützung

*Forum 3 – Die
Rolle der
Wirtschaft*



*Entwicklung von
Mechanismen*

*Verständigung der
Akteure*

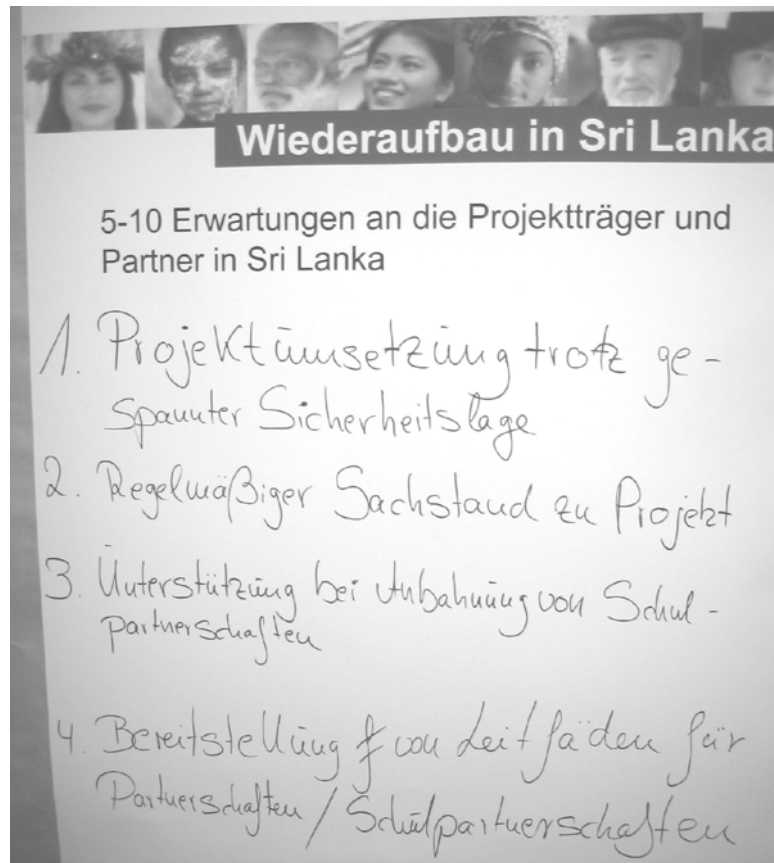
unabhängig machen kann. Dafür ist es aber unabdingbar, dass sich ein „Mechanismus für eine eigene Dynamik der Wirtschaft“ entwickelt. Damit ein solcher Mechanismus entwickelt werden kann, ist ein Follow-Up Meeting nötig, denn in diesem Bereich ist der Bedarf nach weiteren Verständigungsprozessen der drei Akteure Staat - Wirtschaft - Zivilgesellschaft insgesamt noch groß. Die Forumsteilnehmer berichteten von Frustrationen auf Seiten der Wirtschaft, die an vielen

Stellen mit großem Engagement in Fluthilfeprojekte gestartet und dann oft wegen Vorbehalten der anderen Akteure nicht weitergekommen ist.

Forum 4 –
Wiederaufbau-
projekt in Sri
Lanka

Aus dem **Forum 4 „Wiederaufbauprojekt in Sri Lanka“**, bei dem es um ein konkretes Projekt ging, berichtete **Ramin Soufiani** (Servicestelle Partnerschaftsinitiative, InWEnt gGmbH). In Sri Lanka sind viele Projekte und Partnerschaften begonnen worden, aber im Forum war vor allem die aktuelle Entwicklung der Sicherheitslage der Diskussionsschwerpunkt. Aus der Diskussion wurde daher zunächst die Empfehlung abgeleitet, dass die Projektumsetzung trotz der Sicherheitslage wie geplant fortgeführt werden sollte. Die zweite Empfehlung ist, dass alle Beteiligten regelmäßig über den Stand des Projektes informiert werden sollen. Die Informationen hierzu liegen bei der GTZ und werden über InWEnt weitergeleitet. Vor allem die Projektträger brauchen Informationen zum Fortgang des Projektes, um sie für die weitere Zusammenarbeit zu motivieren.

Projektumsetzung
trotz aktueller
Situation
weiterführen



Wer übernimmt
insgesamt
Bündelungs-
funktionen?

Im Anschluss an die Präsentation der Empfehlungen aus den Foren, fragte **Dr. Frank Claus** nach, wer bei den vielen Fäden im Feld der Akteure im Rahmen der Fluthilfe eine Bündelungsfunktionen übernehmen kann. Seiner Einschätzung nach liegt diese z.B. für das Wie-

deraufbauprojekt in Sri Lanka bei der GTZ. Für Kommunikationsaufgaben sowie für die Organisation eines Follow-Up Meetings für Akteure aus der Wirtschaft ist InWEnt gegebenenfalls der richtige Partner. Offen blieb für ihn, wer eine solche Bündelungsfunktion im Bereich Schulen habe?

Die Gesprächspartner sahen die Aufgaben im Wesentlichen auch bei InWEnt. InWEnt unterstützt auch Schulprojekte und besitzt gute Kontakte zur Wirtschaft. **Herr Soufiani** wies darauf hin, dass es eine wesentliche Aufgabe von InWEnt ist, die Bündelung der Akteure durch Qualifizierung zu unterstützen. Dies wird die Hauptaufgabe der SPI im Jahr 2006 sein.

InWEnt als wichtige Stelle für die Bündelung

In der anschließenden Plenumsdiskussion spielt das Thema Schulpartnerschaften eine große Rolle. Dieses Modell ist in den vom Tsunami betroffenen Regionen kaum bekannt. Außerdem geht es zunächst darum, die Schulen überhaupt erst wieder aufzubauen.

Plenumsdiskussion Schulpartnerschaften

Außerdem plädierten die Teilnehmer der Veranstaltung für eine Weiterführung der Partnerschaftsinitiative. Gerade die kleineren Kommunen sind nach wie vor auf das Know-how und die Unterstützung der Partnerschaftsinitiative angewiesen.

Weiterführung der Partnerschaftsinitiative

9.: Danksagung und Verabschiedung der Teilnehmer

Ulrich Nitschke dankte zum Abschluss der Veranstaltung dem Hotel Sylter Hof für den freundlichen und zuverlässigen Service, sowie die vorbildliche Bewirtung aller Veranstaltungsteilnehmer.

Anschließend dankte er Frau Silke Feil für die Organisation und Durchführung der Veranstaltung und überreichte ihr zum Dank einen Strauß fair gehandelter Rosen.



Er dankte den Teilnehmern der Veranstaltung für ihre rege und konstruktive Beteiligung an den Gesprächen nicht nur in den Foren, sondern auch in den interessanten und hilfreichen Gesprächen in den Pausen. Er sicherte die weitere Unterstützung der SPI bei der Durchführung der Projekte und Entwicklung von Partnerschaften durch weitere Veranstaltungen im Bereich Beratung, Vernetzung und Qualifizierung im Jahr 2006 zu.

Anlagen

Teilnehmerliste

Name	Organisation
Ambrosch, Ruth	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ
Averbeck, Dr. Christiane	BLK-Programm Transfer-21 Kordinierungsstelle
Becker, Christiane	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Koordination UN-Gates
Bee, Olivia	NRW-Servicestelle Partnerschaftsinitiative
Behrenspöbler, Christoph	Castrop-Rauxel hilft den Flutopfern e.V.
Betz, Markus	Stadt Wolfsburg
Böllhoff, Ralf	Gelsenwasser AG
Bonnet, Dr. Günter	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Ministerialdirigent
Brunner, Artur	Auswärtiges Amt
Burkhardt, Gerd	Heinrich-Schliemann- Gymnasium
Bürskens, Heike	InWEnt Mannheim
Clobes, Christiane	Stadt Bargteheide
Cray, Christian	Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen VEN e.V.
Dallinger, Stefan	Bürgermeister Stadt Schwetzingen
Ebert, Hans-Jürgen	Solidaritätsdienst – international e.V. (SODI)
Eichmann, Birgit	KATE – Kontaktstelle für Umwelt & Entwicklung
Feil, Silke	InWEnt Bonn/ SPI

Firius, Harald-J.	Heinrich-Böll-Haus /Arbeitskreis "Nord-Süd-Entwicklungszusammenarbeit"
Fischer, Beate	Büro Christina Rau
Fliege, Volker	Stadt Bielefeld, Büro OB
Fromme, Dr. Jörg-W.	DFIC/ InWEnt GmbH
Führung, Dr. Gisela	ASET e.V.
Gebauer, Thomas	medico international
Gräf, Michael	InWEnt Bonn/ SPI
Graubner, Anselm	Weimar hilft!
Greef, Michael	Castrop-Rauxel hilft den Flutopfern e.V.
Grünberger, Thomas	Berlin-Chemie AG
Günzel, Reinhart	Heinrich-Böll-Haus Lüneburg, VEN e.V.
Gürsch, Klaus	Stadt Wetzlar
Habenicht, Margarete	Auswärtiges Amt
Haferkorn, Maria	Heinrich-Schliemann-Gymnasium
Hamann, Peter	Gemeinde Schönkirchen
Hartmann, Sandra	Geschäftsführerin „Namaste Nepal“ S-GmbH Geschwister Scholl Gymnasium
Haupt, Heinrich	Auswärtiges Amt
Hille, Dr. Jörg	Stadt Bonn
Hitzing, Dr. Frauke	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländl. Räume Schleswig-Holstein, Entwicklungspolitische Bildung
Janizewski, Alexandra	Weimar hilft!
Judersleben, Steffen	Stadtverwaltung Freiberg, Hochbau- und Liegenschaftsamt Sachgebiet Gebäudemanagement / A-genda 21

Junge, Carsten	Sparkasse Lüneburg,
Jurisch, Marion	Vetschauer Grundschule
Kast, Wolfgang	Förderverein Kastanienhofschule
Kastenmeier, Bernadette	Stadt Regensburg
Kast-Rützel, Kerstin	Kastanienhof-Schule
Kelbling, Sebastian	InWEnt Bonn
Kleebaum, Marcus	Stadt Lauingen
Kochendörfer-Lucius, Dr. Gudrun	InWEnt Geschäftsführung
Kolb, Heinz	Stadt Leipzig
Krause, Lutz	InWEnt Berlin
Kreuter, Gertrud	InWEnt Hannover
Kreutzer, Gert	BORDA
Krön, Gudrun	Auswärtiges Amt
Krone, Dieter	Gemeinde Halberstadt
Krüger, Ulrike	RE-NEXT renewable energies network for export & technology
Kunoth, Burkhard	Gesamtschule Harburg
Laue, Birgit	KATE – Kontaktstelle für Umwelt & Entwicklung
Lenius, Claudia	Paul-Maar-Grundschule Bad Homburg
Lensing, Mechthild	Deutschlandhaus Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH Schulprogramm Berlin
Liebig, Rolf	Der Aggerverband
Litzinger, Dr. Heike	Büro Christina Rau
Maier, Prof. Dr. Dietrich	Stadtwerke Karlsruhe/ Europäische Brunnengesellschaft
Mitzscherlich, Karin	Dresden Referat für internationale An-

	gelegenheiten
Mohn, Sofia	„Namaste Nepal“ S-GmbH Geschwister Scholl Gymnasium
Muscat, Sabine	Financial Times Deutschland
Nitschke, Ulrich	InWEnt Bonn, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Nitzsche, Monika	Werner-Seelenbinder-Schule
Nix, Ursula	InWEnt Berlin
Otto, Volker	Landkreis Wesermarsch Berufsbildende Schulen Brake
Ouan, Nina	InWEnt Bonn / SPI
Pavlicek, Karin	Schulinitiative Amorbach „Schüler bauen eine Schule“ e.V.
Peirick, Christian	Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Prüfer, Uwe	VENROB e.V.
Raschpichler, Dr. Gerd	Landkreis Bitterfeld Dezernat für Gesundheit, Soziales, Ju- gend, Schule und Kultur
Raskopf, Tanja	Stadt Walldorf
Rau, Christina	Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die Partnerschaftsinitiative Fluthilfe
Rheinbay, Dr. Georg	Berlin-Chemie AG
Rolle, Marion	Heinrich-Böll-Haus Lüneburg
Schielke, Mandy	Deutschland Radio
Schmitz, Dr. Michaela	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft
Schütte, Oliver	A – company / A – foundation
Schwarz, Kai	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Wolfenbüttel

Siege, Hannes	InWEnt Bonn, KMK
Soufiani, Ramin	InWEnt Bonn/ SPI
Spanhake, Bettina	SB Indonesien Arbeitsstab Partnerschaftsinitiative Auswärtiges Amt
Stather, Erich	Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Steiner, Christoph	Landeszeitung Lüneburg
Steurer, Dr. Roland	GTZ Sri Lanka Director German Development Cooperation GTZ-Office Colombo - Sri Lanka
Stricker, Katrin	InWEnt Bonn/ SPI
Stroppel, Claudia	Technisches Hilfswerk
Strub, Hartmut	Norddeutsches Wasserzentrum NWZ GmbH
Stüber, Detlef	ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
Süllke, Franziska	Bezirksamt Neukölln, Europabeauftragte Fluthilfeprojektkoordination Verwaltung des Bezirksbürgermeisters
Van Lidth de Jeude, Marije	A – company / A – foundation
Wachsmann, Lutz	Stadt Hilden Bürgermeisterbüro der Stadt Hilden
Wagner, Thomas	Rhein-Sieg-Kreis
Wettstädt, Rolf	Staatskanzlei des Landes Brandenburg
Winkler, Ira	Weimar hilft!
Wintersberg, Maren	Deutsche Welle TV

Wirths, Yasmin	InWEnt Bonn/ S-PI
Witschel, Dr. Georg	Botschafter Beauftragter für die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus Leiter des Interministeriellen Arbeitsstabes für die Partnerschaftsinitiative, Auswärtiges Amt
Wolbring, Renate	InWEnt Bonn/ Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Wolf, Dieter	Berliner Wasserbetriebe BWB
Wolf, Frieder	Leiter des Büros für internationale Angelegenheiten der Stadt Köln
Wollensak, Helfried	Stadt Ravensburg
Zimmermann, Nina C.	Evangelischer Pressedienst (epd) Bundesbüro

Sachstand der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / Partnerschaftsinitiative; Stand: 08.02.2006

Hohe Vermittlungsquote

Die Servicestelle - Partnerschaftsinitiative hat seit ihrer Einrichtung im Januar 2005 1373 Angebote für Hilfen und Partnerschaften aus Bundesländern, von Kommunen, Landkreisen, Schulen, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Privatleuten erhalten, die sich für den Wiederaufbau und die Entwicklung in den von der Flut betroffenen Regionen Asiens engagieren wollten. Mittlerweile konnten alle zur Verfügung stehenden Angebote entweder vermittelt werden (62 Prozent), oder sie erhielten Projektvorschläge und befinden sich derzeit noch in der Entscheidungsphase (7 Prozent). Die restlichen 31 Prozent der Spender stehen derzeit nicht zur Vermittlung bereit, da mittlerweile entweder das Hilfsangebot zurückgezogen wurde, oder es sich um kommerzielle Angebote handelte.

Die verschiedenen Spenden wurden zum Teil erheblich gebündelt und mit Projekten in den betroffenen Gebieten verknüpft: 136 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 22 Millionen Euro hat die Servicestelle überprüft und vermittelt. Bei 175 weiteren Projekten stand sie den Akteuren beratend zur Seite.

Vermittlung von Schulpartnerschaften

Bislang konnten nur wenige Schulpartnerschaften vermittelt werden. Dies liegt zum einen daran, dass der Betrieb der Schulen in vielen betroffenen Regionen noch nicht vollständig wiederaufgenommen werden konnte. Zum anderen fehlt es zahlreichen Schulen in Asien an den nötigen Voraussetzungen für eine funktionierende Partnerschaft: Sprachbarriere, mangelndes Lehrpersonal, Kommunikationsmittel etc. Die Servicestelle - Partnerschaftsinitiative bemüht sich in enger Zusammenarbeit mit den Deutschen Botschaften und unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in den jeweiligen Ländern weiter darum, geeignete Schulen zu identifizieren und diese an Partner in Deutschland zu vermitteln. Weiterhin ist die Servicestelle bemüht, den nicht regional gebundenen deutschen Schulen Partnerschaften mit Schulen in anderen Ländern des Südens vorzuschlagen. Auch diesen von ihr initiierten Partnerschaften wird die Servicestelle in Koope-

ration mit der Kultusministerkonferenz (KMK) und den entsprechenden Nichtregierungsorganisationen beratend zur Seite stehen.

Qualitätsmanagement und zukünftige Aufgaben

2006 geht es vor allem darum, die entstandenen Projektpartnerschaften weiter zu beraten, zu begleiten und zu qualifizieren, damit hieraus langfristige Kontakte und Partnerschaften entstehen können. Die Servicestelle wird daher künftig ihre Leistungen in den Bereichen Information, Beratung und Capacity Building verstärken – sowohl für die deutschen Akteure, als auch für die Partner in Asien – und die Projektdurchführung weiter kontinuierlich begleiten. Einige der initiierten Projekte sollen sich zu langfristigen Kooperationen weiterentwickeln, die vor Ort wichtige Fragen zu beispielsweise Müllentsorgung, Wassermanagement oder Energie lösen helfen.

Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen

An der Partnerschaftsinitiative ist das Aktionsbündnis „Gemeinsam für Menschen in Not – Entwicklung hilft“ beteiligt - ein Zusammenschluss von „Brot für die Welt“, Deutsche Welthungerhilfe, Medico International, Misereor und Terre des Hommes. Die Servicestelle und das Aktionsbündnis haben dazu ein spezielles Verfahren vereinbart, dass sich an den Prinzipien der Subsidiarität und Komplementarität orientiert. Neben diesem formalisierten Bündnis arbeitet die Servicestelle auch mit anderen Nichtregierungsorganisationen zusammen. So vermittelte die Servicestelle einerseits Projekte Deutscher Hilfsorganisationen (z.B. Malteser und Christoffel Blindenmission) an die bei der Servicestelle registrierten Spender; andererseits finanzieren verschiedene Organisationen, beispielsweise Misereor und Deutsches Rotes Kreuz, Projekte aus dem Pool der Partnerschaftsinitiative.

Partnerschaftsinitiative im Internet

Seit September 2005 ist das neue interaktive Webportal www.partnerschaftsinitiative.de in englischer und deutscher Sprache online. Das Portal wurde von der Servicestelle Partnerschaftsinitiative in Kooperation mit dem Zentrum für Medien und Interaktivität der Universität Gießen (ZMI) entwickelt und dient den Nutzern als Informations- und Kommunikationsplattform.

Im Bereich „Projekte“ finden Spender und an Partnerschaften interessierte Akteure Informationen und Anregungen. Auch Veranstaltungs-

hinweise zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit sind enthalten.

Um den Dialog und die Vernetzung der Partnerschaftsakteure zu fördern wurden 2005 zwei öffentliche Online-Foren veranstaltet: zum Thema kommunale Entwicklungspartnerschaften und zur Partnerschaft Bonn – Cuddalore (Indien).

Aufgrund der weiteren internationalen Ausrichtung der Servicestelle bezüglich der Vermittlung von Partnerschaften mit anderen Regionen des Südens, wird es zukünftig ein dementsprechendes Internet- und Beratungsangebot geben.

Kontakt

Abt. 7.01

Entwicklungsbezogene Bildungsarbeit (EB) / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Development Education / Service Agency Communities in One World

InWEnt - Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

Capacity Building International, Germany

Neue Hausanschrift:

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn, Germany

Fon: +49 (0) 228 – 44 60 - 1 600

Fax: +49 (0) 228 – 44 60 - 1 601

info@service-eine-welt.de

www.service-eine-welt.de

partnerschaftsinitiative@inwent.org

www.partnerschaftsinitiative.de

Tabellarische Übersicht der Vermittlungen der Partnerschaftsinitiative (Stand 08.02.2006)

Übersicht der Gesamtangebote

Gesamtangebote	1373
Davon vermittelt	854
Davon in Bearbeitung	90
Davon z.Zt. nicht vermittelbar ¹	429
Noch nicht in Vermittlung oder noch nicht vermittelt	0

Übersicht der Vermittlungen

Vermittlungen	854
Vermittelt durch PI ²	486
Vermittelt durch andere ³	368
In Vermittlung	90

Übersicht nach gewünschten Maßnahmen

Maßnahmencluster	Anzahl
Kinder / Schulen	52
Medizin	20
Infrastruktur Wasser	8
Infrastruktur Gebäude	9
Infrastruktur allg.	19
Berufsbildende Maßnahmen	9
Administration / Planung	5
Ressourcen und Umwelt	3
Kleine und mittlere Unternehmen	7
Mikro-Kredit-Vergabe	1
Allgemein/n. n. spezifiziert	3
Summe	136

1 Hierzu zählen u.a. zurückgezogene oder auch kommerzielle Angebote

2 davon ca. 161 Einzelpersonen, die ihre persönliche Arbeitskraft angeboten haben und an entsprechende Entsendedienste verwiesen wurden

3 hierunter fallen auch Angebote, bei denen die PI nur beratend tätig war aber nicht aktiv vermittelt hat

Anbieter	Anzahl	Davon vermittelt
Kommunal	347	269
Wirtschaft	202	92
Schule/ Kinder	403	197
Universität	16	8
Klinik/ med. Einrichtung	33	20
NRO / Verein	136	75
Einzelperson	236	193
k.A.	0	0
Summe	1373	854

Übersicht nach Anbietern

Bundesland	Anzahl
Baden-Württemberg	183
Bayern	154
Berlin	94
Brandenburg	64
Bremen	8
Hamburg	34
Hessen	116
Mecklenburg-Vorpommern	21
Niedersachsen	111
NRW	298
Rheinland-Pfalz	34
Saarland	12
Sachsen	83
Sachsen-Anhalt	24
Schleswig-Holstein	60
Thüringen	48
Ausland oder k.A.	29
Summe	1373

Übersicht nach Bundesländern

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune 2012. Bonn, August 2003.
- Heft 7.: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004.
- Heft 8.: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005.
- Heft 12.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
- Heft 13.: Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005.

Material-Reihe der Servicestelle

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch.
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call.
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
- Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
- Nr. 10.: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11.: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12.: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13.: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
- Nr. 14.: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004.
- Nr. 15.: ModeratorInnen-Briefing. Thementeam bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16.: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
- Nr. 17.: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.

- Nr. 18.: Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar-Juli 2005.
- Nr. 19.: Pressespiegel 2005 Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
- Nr. 20.: Dokumentation. Ein Jahr nach dem Tsunami – Wie gestalten wir zukunftsfähige Partnerschaften?

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003)
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003)
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004)
- Über uns – Flyer der Servicestelle. (Januar 2005)
- Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch]
- Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005)

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Profil der Servicestelle (in Englisch vergriffen; Deutsch verfügbar)
- Kurzprofil der Servicestelle (in Englisch) [in Deutsch vergriffen]
- Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
- Pressespiegel der Servicestelle [laufend]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
- UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch)
- Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
- No Excuse 2015. Aktiv vor Ort - Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:


- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch] [vergriffen]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, info@dwp-rv.de
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.v. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.

*Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.*



Deutscher Städtetag

 **DEUTSCHER LANDKREISTAG**

 **Deutscher Städte- und Gemeindebund**


**Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion**

 **IHK** Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera

 **dbb beamtenbund und tarifunion**

 **DGB**  **DIÖZESANRAT DER KATHOLIKEN IM ERZBISTUM KÖLN**

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK DEUTSCHER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN e. V.

 **TOWNS & DEVELOPMENT**
LOCAL INITIATIVES FOR GLOBAL DEVELOPMENT

agl

 **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

 **agenda transfer** Agentur für Nachhaltigkeit GmbH

Die Servicestelle in der InWent gGmbH wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und der Stadt Bonn. Unter Mitwirkung: Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Industrie- und Handelskammer Ostthüringen, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V., TOWNS & DEVELOPMENT, Kommunale Nord-Süd-Initiative, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e. V., Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Agenda-Transfer NRW.